

berta*

Magazin der Studierendenschaft



Ausgabe # 865 - 16.01.2017 - 46. Jahrgang

Veränderung

Rück- und Ausblick
des Vorstands

► S. 7-11

Was ging da im
Audimax?

► S. 12-22

Dieses Mal mit
POSTER!

► S. 25-26



Gendern? Warum, wieso, weshalb und wie?

Bei der Lektüre der Berta werdet ihr feststellen, dass wir es vermeiden das generische Maskulinum zu verwenden. Dies tun wir bewusst, weil Sprache eines der bedeutendsten Mittel der Kommunikation ist und damit einen sehr großen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und auf unser Handeln hat. Wissenschaftliche Studien haben in zahlreichen Untersuchungen belegen können, dass Sprache Bilder in unseren Köpfen generiert und somit unsere Wahrnehmung und auch unsere Realität prägt. Die Sichtbarkeit von Frauen* und sich nicht in das binäre Geschlechtermodell einordnenden Geschlechtsidentitäten muss gestärkt werden. Wir verwenden also z.B. das Gender-Sternchen *, um auch Frauen anzusprechen und um zu zeigen, dass die Kategorien männlich und weiblich lang nicht abschließend sind, sondern dass es auch Geschlechtsidentitäten dazwischen, darüber hinaus und jenseits von Frau und Mann gibt.

Liebe Menschen!

Ein neues Jahr wartet auf uns mit vielen, vielen neuen Dingen und Veränderungen. Passend dazu auch der Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Was sich letztes Jahr hochschulpolitisch abgespielt hat und was in diesem Jahr auf uns zukommt haben der Vorstand in ihrem Rück- und Ausblick zusammengefasst, den ihr auf den nächsten Seiten lesen könnt. Eines der dort angesprochenen Themen sind natürlich auch die geplanten Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen und Zweitstudierende. Diesbezüglich entstand auch die Audimax-Besetzung, über die ihr in dieser Ausgabe in drei Artikeln und aus drei Perspektiven lesen könnt. Zum Einen einen Rückblick von Zozy* aus dem Inneren des Audimax, einen Gastbeitrag des Korrektiv Freiburgs, welcher den fast blinden Aktionismus der Besetzung kritisiert und nicht zuletzt einen Kommentar zur Notwendigkeit der Besetzung von Abju.

Das Studierende hartnäckig sind beweist auch das Referat Studieren ohne Hürden, welches die Inklusion an der Uni Freiburg etwas aufs Korn nimmt, mehr dazu auf Seite 21.

Unser Schwerpunktthema Veränderung wird mit einem Plädoyer eingeleitet, das dazu aufruft nicht vor Wandel zurückzuschrecken, sondern sie aktiv mitzugestalten. Ein wichtiger Gedanke, der in allen unseren Artikeln mithallt. Sei es die Warnung vor Angstkommunikation, der stete Kampf um Inklusion oder Mitspracherecht, und so viele weitere Themen, die wir hier in der Studierendenzeitung ansprechen. Wir hoffen diese Ausgabe speziell vermittelt euch, dass Veränderung nichts schlechtes ist, vor dem man Angst haben sollte. Sondern etwas das passiert, passieren muss und von uns positiv beeinflusst werden kann.

Also, lasst uns gemeinsam verändern!

Eure
berta*-Redaktion



Leser*innenbriefe an:

referat-presse@stura.uni-freiburg.org



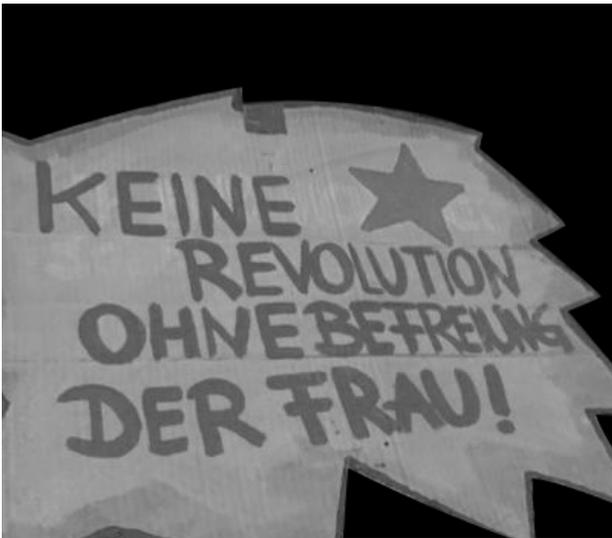
HoPo

- 7 **Rück- und Ausblick des Vorstands**
Der Vorstand schaut auf 2016 zurück und schreibt über Themen, die 2017 auf uns zukommen.
- 12 **Warum seid Ihr nicht länger drin geblieben?**
Ein Kommentar zur Audimaxbesetzung, welcher Transparenz bieten möchte.
- 15 **Die auswendigen Muster**
Das Korrektiv Freiburg kritisiert die Audimaxbesetzung für dessen relativen blinden Aktionismus.
- 18 **Warum überhaupt besetzen?**
Eine Betrachtung was eine Besetzung politisch leisten kann und soll.
- 20 **Barrierefreiheit und Inklusion als "Selbstverständlichkeit"**
Ein Essay von Andreas aus dem Referat Studieren ohne Hürden über Inklusion an der Uni Freiburg.



Schwerpunkt

- 27 **Veränderung: Ein Plädoyer**
Veränderung ist wichtig, und damit gut umzugehen bedeutet in den meisten Fällen aktive Mitgestaltung.
- 30 **Terroranschläge verändern alles! Wirklich?**
Eine Kritik an der Angstkommunikation der Massenmedien und dem darausfolgenden Verlangen nach einem Überwachungsstaat.
- 33 **Der lange Atem der Veränderung - Hürden im Studienalltag**
Neben materiellen Hürden gibt es auch haufenweise nichtmaterielle, und auch diese gilt es zu bekämpfen.
- 36 **Dagegen bis zur Demokratie**
Die jetzige Unistruktur ist problematisch und Demokratie an Hochschulen entsteht nur, wenn das bisherige System abgeschafft wird.



Gesellschaft

- 39 **Das Problem heißt Patriarchat**
Wenn es ihnen passt, fordern VertreterInnen rechter Parteien plötzlich Schutzrechte für Frauen ein. Dabei missachten sie aber die Würde der Betroffenen.
- 43 **Eilmeldung: Fake oder Fakt?**
Bei einer Medienvielfalt wie sie heutzutage vorhanden ist sind Fake-news fast nicht auszufiltern, umso wichtiger wird deswegen Medienkompetenz.
- 44 **Pressemitteilung des RDL**
Berufungsverfahren Oliver Kloth (AfD) gegen Radio Dreieckland
- 45 **Bändern statt verändern**
Wer bändern möchte, soll bändern; aber niemand soll bändern müssen.
- 47 **Wir wissen genug**
.... und deswegen ist es jetzt an der Zeit raus zu gehen und was zu tun!



Kultur

- 48 **Widerständiger Pessimismus**
- 50 **Termine**
Was demnächst so in Freiburg ansteht.

IMPRESSUM

berta* #867, 15. Januar 2017, 46. Jahrgang, 52 Seiten, Auflage: 800 Stück

V.i.S.d.P.: AStA Uni Freiburg

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Zoe* Steinsberger, Rebekka Blum, Isabell Gross, Emanuel Löffler

Kontakt: berta c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg, Telefon: 0761-2032035, Fax: 0761-2032034, referat-presse@stura.org.

Die berta* ist das offizielle Presseorgan des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwingend die Meinung der Redaktion / des AStAs wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Bildnachweise:

S. 18: Florida Memory: Tanzschule, Gemeinfrei, <https://flic.kr/p/71VHXE>

S. 27: Jordi Payà: Melting Clock, CC-BY-ND 2.0, <https://flic.kr/p/fKpYEn>

S. 49: Kim-Leng: Kate Tempest, CC-BY-ND 2.0, <https://flic.kr/p/6yCspR>

S. 38: Römischer Senat, Gemeinfrei, Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mischer_Senat#/media/File:Maccari-Cicero.jpg

CC-BY-ND: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/>

Alle Texte CC BY-NC-SA 3.0

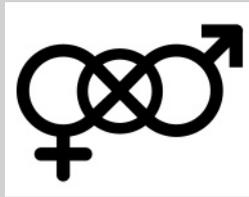
www.stura.org

Call for Papers für Studentische Ringvorlesung

HABT IHR SCHON MAL EINE HAUSARBEIT ZU GESCHLECHT ODER SEXUALITÄT
GESCHRIEBEN, DIE ZU SCHADE IST, NUR IN DER SCHUBLADE ZU LIEGEN?

WOLLT IHR ÜBEN, EURE ERGEBNISSE DER ÖFFENTLICHKEIT ZU PRÄSENTIEREN?

DANN RAUS AUS DER SCHUBLADE UND KATEGORIEN ÜBER BORD!



Das Gender-Referat und das Regenbogen-Referat für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt des AStA der Universität Freiburg rufen zum zweiten Mal auf, für die Veranstaltungsreihe „Raus aus der Schublade! Gender_Queer*Lectures“, die im Sommersemester 2017 stattfinden soll, Abstracts einzureichen.

Geplant sind mehrere Abende, an denen Studierende aller Hochschulen in Freiburg Themen, die für die Gender Studies und Queer Studies relevant sind, sich also mit Geschlecht und Sexualität beschäftigen, in einem ca. 20minütigen Vortrag vorstellen.

Willkommen sind Beiträge aus allen wissenschaftlichen Disziplinen.

Die Vorträge können beispielsweise Ergebnisse aus Forschungsprojekten, Abschlussarbeiten oder Hausarbeiten sein und beispielsweise Themen wie Trans*, Inter*, Intersektionalität, Monogamiekritik oder strukturelle Diskriminierung behandeln und auch innerfeministische oder innerdisziplinäre Kontroversen aufgreifen. Darüber hinaus freuen wir uns auch über Beiträge, die sich kreativ oder kritisch mit den Themen auseinandersetzen.

Die Abstracts sollen Titel, Gliederung des Vortrags, Leitfragen und eine fachliche Selbstpositionierung des*der Autor*in enthalten, so dass die argumentative Struktur des Vortrags in 200-500 Wörtern nachzuvollziehen ist.

Für alle Vortragenden gibt es auch ein kleines Dankeschön!

Abstracts sind in diskriminierungsarmer und geschlechtersensibler Sprache bis zum 28.02.2017 an referat-regenbogen@mail.stura.uni-freiburg.de einzureichen.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

www.stura.uni-freiburg.de/gremien/referate/regenbogen
referat-regenbogen@mail.stura.uni-freiburg.de

*berta**

Die *berta** ist das offizielle Magazin der Studierendenvertretung an der Uni Freiburg. In der *berta** beschäftigen wir uns mit (Hochschul)Politik, gesellschaftlichen Themen, Kultur und allem wofür sich die aktuellen Redakteur*innen interessieren.

Lust mitzuarbeiten?

Du hast Lust bei der Redaktion mitzuarbeiten und das Magazin mitzugestalten?

Wir freuen uns über alle Leute, die:

- ★ Texte schreiben
- ★ sich in der Redaktion beteiligen
- ★ Spaß beim Layouten haben
- ★ Fotos einsenden

Bei Interesse komme doch einfach zu einer unserer offenen Redaktionssitzungen!

Wir treffen uns immer freitags um 11 Uhr im Studierendenhaus (Belfortstr. 24) im Konferenzraum 2 (1. Obergeschoss).

Wir freuen uns über interessierte Menschen!

Liebe Grüße,
eure *berta** -Redaktion

Wie war das Jahr 2016 aus hochschulpolitischer Sicht?

Obwohl wir als Vorstand erst seit Oktober im Amt sind, werden wir versuchen, euch einen kurzen Überblick über die hochschulpolitischen Geschehnisse des Jahres 2016 zu geben.

Ein Thema, das unsere Vorgänger*innen, uns und wahrscheinlich auch noch die ein oder andere Generation nach uns beschäftigen wird, ist die neue Universitätsbibliothek. Im Lauf des Jahres 2016 wurden immer wieder verschiedene Probleme von Seiten der Studierendenvertretung angesprochen und konnten teilweise auch gelöst werden. Grundsätzliche Probleme, wie beispielsweise die große Zahl fehlender Arbeitsplätze während der Prüfungsphasen sind weiterhin ungelöst. Im Großen und Ganzen ist die Entwicklung der UB im letzten Jahr aus Studierendenperspektive eine positive gewesen, was aber nicht heißen soll, dass alles perfekt läuft.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres kam es vor allem auf Grund von Problemen in der Kommunikation mit verschiedenen Stellen im Rektorat zu einem Streit, bei welchem es um die studentische Vergabe von Qualitätssicherungsmitteln aus dem 4. Quartal 2015 ging. Entscheidend war hier die Frage, ob die verschiedenen Fakultäten die ihnen zugewiesenen Gelder den Vereinbarungen mit den Studieren-

den entsprechend zweckgebunden eingesetzt haben oder nicht. Nachdem diese Nachweise zunächst nicht vorgelegt werden konnten, wurde sich von Seiten der Studierenden dazu entschieden, die Mittel den Vorgaben entsprechend neu auszuschreiben. Dieser Schritt zeigte offensichtlich Wirkung. Nur kurze Zeit später wurden die entsprechenden Nachweise durch das Rektorat vorgelegt und in einem klärenden Gespräch konnten die Unstimmigkeiten beseitigt werden. Die Neuausschreibung der Mittel wurde daraufhin von Seiten der Studierenden zurückgezogen.

2016 war auch ein Jahr der Wahlen. Neben den alljährlichen Wahlen innerhalb der Verfassten Studierendenschaft die im Juni erfolgreich durchgeführt wurden, stand auch die Landtagswahl in Baden-Württemberg an. Diese wurde aus hochschulpolitischer Perspektive kritisch begleitet. Wichtige Themen waren dabei anstehende Reformen des Landes Hochschulgesetzes, die Ausgestaltung der Verfassten Studierendenschaft und die Frage nach Studiengebühren. Dass die Themen nicht gänzlich falsch gesetzt waren, sollte sich vor allem beim Thema Studiengebühren bald zeigen.

Was war eigentlich mit...

...Studiengebühren?

Seit Beginn unserer Vorstandszeit beschäftigt uns ein Thema der Hochschulpolitik besonders: Die Pläne zur Wiedereinführung von Studiengebühren. Der Gesetzentwurf aus dem grünen Wissenschaftsministerium sieht (mit Ausnahmen) Gebühren für Internationale Studierende aus Nicht-EU-Ländern vor. Wir stehen diesen Plänen sehr kritisch gegenüber. Nachdem sich bereits der Studierendenrat der Uni Freiburg gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren aussprach, beschloss auch die Vollversammlung der Studierenden den Gesetzentwurf abzulehnen. Die bisherige politische Arbeit zu diesem Thema konzentrierte sich auf zwei Bereiche: Zum Ersten die Vernetzung mit anderen Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg und deutschlandweit – landesweit wehren sich die Studierendenvertretungen gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren. Zum Zweiten ging es vor allem darum eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen. Zu diesem Zweck fand unter anderem eine große Demo Ende November in der Freiburger Innenstadt statt. Außerdem fand eine Besetzung des Audimax großes öffentliches Interesse. Eine Gruppe Studierende besetzte nach der Vollversammlung am 14.12. aus Protest gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren und die wenig kritische Haltung des Rektorats das Audimax.

...der neuen Exzellenzstrategie?

Im Jahr 2016 wurde das Thema Exzellenzstrategie in allen Gremien der Universität und damit auch in der Studierendenvertretung wiederum aktuell. Wir setzten uns mit den studentischen Vertreter*in der verschiedenen Gremien zusammen und überlegten wie ein gemeinsames Vorgehen aussehen könnte. Dar-

aufhin fand eine ausgiebige Diskussion, angeregt durch die Vorstände, im Studierendenrat statt. Das Ergebnis war die Bestärkung der bisherigen Position zur Exzellenzstrategie: die politische Ablehnung von öffentlicher Finanzierung im Bildungsbereich nach Wettbewerbsprinzip. Gefolgt von dieser Entscheidung wurde die erste Informationsveranstaltung überhaupt zum Thema Exzellenz an unserer Universität durch die Studierendenvertretung organisiert. Um noch mehr Studierende über das Thema zu informieren und den Beschluss zu stärken fand dann eine Diskussion auf der Vollversammlung am 14.12.2016 mit ca. 500 Studierenden statt. Seitdem gilt der Beschluss der Vollversammlung als höchstes politisches Gremium der Studierendenvertretung, nach dem wir die Exzellenzstrategie ablehnen, die Petition gegen Exzellenz als Institution unterstützen und uns nicht in den universitären Gremien, die ausschließlich mit der Exzellenzstrategie befasst sind, beteiligen.

...dem neuen Rahmenvertrag mit der VG Wort?

Wir sahen uns kurz nach Beginn des Semesters mit der Tatsache konfrontiert, dass die Nutzung von Texten in Online-Semesterapparaten wie ILIAS ab dem 01.01.2017 sehr viel schwieriger werden sollte. Ab diesem Zeitpunkt sollte ein neuer Vertrag zur Nutzungsüberlassung von digitalen Texten zwischen Bund, Land und der der VG Wort gelten. Dieser sah Neuregelungen im Abrechnungsverfahren vor, welche die Universitäten kapazitativ und finanziell überlastet hätten. Aus diesen Gründen hat ein Großteil der deutschen Universitäten beschlossen den neuen Vertrag nicht zu unterschreiben. Das hätte bedeutet, dass ab 2017

urheberrechtlich geschützte Texte nicht länger online zur Verfügung gestellt werden können, was die Qualität von Studium und Lehre negativ beeinflusst hätte. Durch den Druck den die Unis auf die Vertragspartner*innen ausübten, bildete sich noch im Dezember eine Arbeitsgruppe. Diese hat eine vorläufige Einigung veröffentlicht: die Nutzung von digitalen Texten wird bis einschließlich Dezember nach altem Vertrag erlaubt – bis dahin soll ein neuer Vertrag verhandelt werden. Wir werden diesen Prozess weiter kritisch begleiten; erst im Dezember hat die Vollversammlung beschlossen, dass wir uns dafür einsetzen sollen, dass digitale Texte weiterhin pauschal abgerechnet werden und nicht einzeln. Außerdem forderte die VV, dass das Land weiterhin für die Kosten aufkommt. Wir fordern, dass ein Vertrag erarbeitet wird, der sowohl für Studium und Lehre als auch für die vertretenen Autor*innen Lösungen enthält und uns nicht zurückwirft in Zeiten von Semesterapparaten und Kopperschlangen.

...der fzs-Veranstaltung in Freiburg?

Anfang Oktober fand in Freiburg die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse des fzs (freier Zusammenschluss von student*innenschaften) statt. Etwa 40 Menschen aus hochschulpolitischen Strukturen aus ganz Deutschland waren an diesem Wochenende in Freiburg um die inhaltliche Arbeit in den verschiedensten Ausschüssen gemeinsam zu starten. Wir Freiburger*innen haben uns derweil um die Verpflegung gekümmert und dafür viel Lob erhalten. Neben der inhaltlichen Arbeit kam auch die abendliche Vernetzung bei diversen Kaltgetränken nicht zu kurz. Alles in allem war es ein schönes aber sehr anstrengendes Wochenende.

..."lernfabriken meutern!"?

"lernfabriken...meutern!" ist ein bundesweites Bündnis verschiedenster Akteure aus dem Bildungsbereich. Darunter fallen beispielsweise Schüler*innen und Lehrer*inne, Azubis oder Studierende. Mitte November lud das Bündnis zu einer Protestkonferenz an die Uni Duisburg-Essen und auch zwei Menschen aus Freiburg folgten der Einladung. Das Wochenende war von vielen verschiedenen Workshops und Diskussion geprägt die sich an der Frage orientierten, wie ein Bildungsprotest im Jahr 2017 ausgestaltet werden kann. Man darf gespannt bleiben, was im neuen Jahr auf uns zukommen wird.

...der Erstiwoche?

Die diesjährige Erstiwoche war insgesamt sehr erfolgreich. Unsere Angebote wurden größtenteils positiv wahrgenommen und waren sehr gut besucht. Jazzfrühstück, Semestereröffnungsparty und Stadtführungen erfreuten sich wie jedes Jahr großer Beliebtheit. Auch auf dem von uns mitorganisiertem Markt der Möglichkeiten im Dreisamstadion waren wir und viele andere Gruppen vertreten und haben hoffentlich vielen Erstis Einblicke in die Hochschulpolitik bieten können.



Euer AstA-Vorstand: Sina und Dominik (hinten), Leon und Maleen (vorne)

Was 2017 noch passieren soll:

Studiengebühren:

Im kommenden Jahr bleibt das Thema Studiengebühren leider weiterhin aktuell. Nach Angaben der Landesregierung soll der Gesetzentwurf Mitte Februar zur ersten Lesung ins Parlament kommen. Unser Ziel bleibt nach wie vor, den Gesetzentwurf und jeden weiteren Gesetzentwurf, der Studiengebühren beinhaltet zu verhindern. Wir hoffen, dass es auch im Jahr 2017 sowohl in Freiburg aber auch in vielen anderen Städten Baden-

Württembergs möglichst vielfältigen und breiten Protest gibt. Am 13. Januar wird es eine Demonstration gegen die Studiengebühren in Stuttgart stattfinden. Damit viele Studierende auch aus Freiburg teilnehmen können, wird die Studierendenvertretung eine Möglichkeit der gemeinsamen Anreise organisieren. Meldet euch also gerne bei uns!

Obwohl die endgültige Entscheidung über die Studiengebühren - taktisch sehr klug – in die Zeit der vorlesungsfreien Zeit fallen wird, möchten wir hier schon einmal ankündigen, dass unserer Protest gegen Bildungsgebühren nicht zum Zeitpunkt der Implementierung eines Gesetzes enden wird.

Exzellenzstrategie:

Die Exzellenzstrategie wird im neuen Jahr in die entscheidende Phase gehen. Die Cluster werden durch die Universität eingereicht und die erste Bewerbungsphase wird im Zeitraum April bis September 2017 stattfinden. Daraufhin wird sich herausstellen, ob die Universität Freiburg in die zweite Bewerbungsphase, welche eine konkrete Begehung durch Vertreter*innen der Exzellenzstrategie mit sich bringen würde, kommt oder nicht. Die Finanzierung durch die Exzellenzstrategie als Dauerfinanzierung und ohne weitere Möglichkeit des Auf- oder Abstiegs einzelner Universitäten wird im Jahr 2019 starten. Unabhängig davon wie weit Freiburg in diesem Wettbewerb kommen wird, lehnen wir als Studierendenvertretung den Wettbewerb um öffentliche Mittel im Bildungssektor grundsätzlich ab.

Bundestagswahl:

Auf alle Studierenden der Universität Freiburg wird, wie auch auf die gesamte Gesellschaft im Jahr 2017 die Bundestagswahl zu kommen. Aufgrund unsere Präambel in der Organisationssatzung aber auch der aktuell geltenden Beschlüsse gegen das Programm der AfD, ist es aus unserer Sicht besonders wichtig, in den derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Prozessen, in denen stetig rassistische, sexistische und antidemokratische Diskurse geführt werden, eine klare Position für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft zu beziehen.

Baumaßnahmen (Platz der alten Synagoge / KG II):

Nachdem die Umbaumaßnahmen des Platzes der alten Synagoge beendet sein werden, wird (voraussichtlich 2019) mit dem Umbau des KG II begonnen. Hierfür wird vorrangig das entsprechend benötigte Baumaterial im Innenhof des Zentralcampus, also auf dem Platz der weißen Rose gelagert, während die Arbeiten bzw. der Transport der Materialien voraussetzt, dass ein Kran auf dem Platz der alten Synagoge errichtet werden soll. Fraglich ist jedoch noch ob die Stadt Freiburg dieser (Fremd)Nutzung zustimmen wird. Da der Kran nicht im Innenhof stehen wird, ist mit einer etwas geringeren Lärmbelästigung für alle umliegenden Universitätsgebäude zu rechnen. Dennoch wird die Attraktivität des Zentralcampus sehr darunter leiden, da der Platz der weißen Rose dadurch vermutlich überhaupt nicht mehr verwendbar sein wird. Wir werden uns weiterhin in Gesprächen mit dem Rektorat dafür einsetzen, die Einschränkungen für Universitätsangehörige möglichst gering zu halten und werden euch natürlich mit aktuellen Informationen auf dem Laufenden halten.

Zusammenfassend bleibt uns zu sagen, dass unser Vorstandsjahr mit vielen unangenehmen hochschulpolitischen Themen begann. Das motiviert uns aber umso mehr weiterhin eure Interessen stark zu machen!

Wir wünschen euch ein erfolgreiches Jahr 2017!

FÜR FRAGEN ODER ANREGUNGEN:

Studierendenhaus Belfortstr. 24 79089 Freiburg	Unsere Sprechzeiten: Im Semester: Mo - Fr: 11 - 13 Uhr Mo und Do: 14 - 16 Uhr
Im ersten Obergeschoss, zweite Tür rechts	vorstand@stura.org 0761/203 2033

BERICHT

„Warum seid ihr nicht länger drin geblieben?“

Erinnerungen und Reflexionen bezüglich der jüngsten Besetzung des Audimax

Von Zozy

Warum seid ihr nicht länger drin geblieben?“ Diese Frage schien nach der Besetzung des Audimax vergangenen Dezember für etwas mehr als zwei Tage von besonderem Interesse zu sein. Sie wurde nicht nur mir – nicht selten, zumal – gestellt, auch viele Freund*innen erzählen mir, dass sie gegenüber ihnen immer wieder aufkam. Von Studierenden, welche 2009 teils dabei, teils nicht dabei waren, von Dozierenden und Promovierenden, selbst von Familie und Verwandten während der Festtage. „Und was habt ihr erreicht?“ war dann zumeist die Frage, die ihr folgte.

Ohne dem teils auch nach einer Rechtfertigung verlangenden unterschwelligem Ton Folge leisten zu wollen, möchte ich hier aus meiner Perspektive als eine der Besetzer*innen Antworten auf diese Fragen geben. Sie scheinen – da oftmals geäußert – einerseits in gewisser Weise von drängendem Charakter zu sein. Andererseits denke ich, dass sie wichtige Aspekte in einer Diskussion erfolgversprechender widerständiger Strategien aus minoritären Positionen liefern können. Denn unsere Entscheidung „nur zwei Tage“ zu besetzen, war – soviel vorweg –, eine bewusst gewählte, strategische. Zunächst aber einige Worte zur Besetzung selbst.

Zwischen dem Abend des 14. Dezember und dem Nachmittag des 16. Dezember besetzten mehrere Hundert Studierende das Audimax der Uni Freiburg. Rund 400 Studierende hatten sich im Ausgang der Vollversammlung der Studierendenschaft für die Besetzung des Audimax ausgesprochen. Etwa 300 blieben bis zum Ende des ersten Plenums in der Nacht zum Donnerstag. Über die Nacht blieben etwa 150 Besetzer*innen. Tags über füllte sich das Audimax wieder und die Zahl der Besetzenden pendelte sich zwischen 250 und 150 ein. Mit etwa 200 Personen zogen wir dann Freitag Mittag zur

„Was sich mit Blick auf die nackten Zahlen als überschaubare Gruppe darstellt, waren tatsächlich weit mehr Menschen.“

öffentlichen Senatssitzung, um dort unseren Protest sichtbar und hörbar zu machen. Am Abend verlasen wir unsere Kritik im Rahmen eines Konzertes der Orchester der Uni Bern nochmals vor dem Publikum.

Was sich mit Blick auf die nackten Zahlen als überschaubare Gruppe darstellt, waren tatsächlich weit mehr Menschen. So wechselten sich die Besetzer*innen ab, immer neue Studierende und teils auch

Promovierende kamen ins Audimax. Sie nahmen Teil in den Plena, in denen wir unser weiteres Vorgehen und unsere Forderungen diskutierten, organisierten sich in Arbeitsgruppen, nahmen an Workshops zu politischen und künstlerischen Themen teil oder veranstalteten diese spontan selbst. Plakate entstanden, Reden und Pressemitteilungen wurden geschrieben, Interviews organisiert und geführt.

So hinterließen wir unsere Spuren als Trending Top bei Twitter in Social Media, sowie in den Web- und Printausgaben praktisch aller größeren bundesweit und zahlreichen in Baden-Württemberg erscheinenden Tageszeitungen. Der SWR berichtete im Fernsehen sowie in seinen Radioprogrammen. Wir, sowie die mediale Öffentlichkeit, nötigten die Grüne Partei, sich öffentlich zu positionieren. Dabei gelang es uns, Brüche und Differenzen in der Partei sichtbar zu machen. Lies Theresia Bauer der Presse mitteilen, sie halte unsere Kritik für unangemessen, sprach sich die Grüne Bundestagsfraktion gegen die Gebühren aus.

Wenn bislang (noch) nicht Sprengkraft, so hat das Thema Studiengebühren und damit Bildungspolitik also zumindest wieder an Sichtbarkeit gewonnen. Dies erscheint dringend notwendig. So schreitet mit der Exzellenzinitiative, sowie der zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln, die Vereinnahmung der doch eigentlich „freien“ Lehre und Forschung von Vorstellungen und Imperativen kapitalistischer Verwertbarkeit stetig voran. Gleichzeitig ist durch die Proteste die nationalistische, auf den Wettbewerbsvorteil des Standortes Deutschland beschränkte Ausrichtung der Grün/Schwarzen Landes-

regierung nicht aus dem Blick geraten. Vielmehr erscheint mit der aktuellen Auseinandersetzung um die Studiengebühren eine weitere Front gegen den Standortnationalismus und die Preisgabe der ohnehin massiv beschnittenen sozialen Rechte in der bundesdeutschen „Sozialen“ Marktwirtschaft.

Mit Blick darauf, dass das Thema Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen und für das Zweitstudium sowohl unter der Mehrheit der Studierenden als auch in der Presse vor der Besetzung kein Thema waren, können die Proteste insofern nicht anders als Erfolg gedeutet werden. Sie waren ein Auftakt für weitere Proteste mit einer nun stärker po-



litierten Studierendenschaft. Denn, so muss auch ich als eine der Initiator*innen der Besetzung zugeben: Die Proteste waren vor der Besetzung getragen von einer vergleichsweise kleinen Gruppe mit nur rund einer Woche Vorlauf. Darum waren sie auch für die Zeit angelegt, die diese Gruppe sie tragen konnte. Im Prozess der Besetzung jedoch wurden wir mehr und mehr, trugen den Protest auf immer mehr Schultern.

Insofern stimmt mich die Besetzung in doppelter Weise optimistisch. Einmal, weil ich gesehen habe, wie sich immer neue Leute in die Strukturen eingebracht haben und auch Studierende für eine verhältnismäßig radikale Form des Protest

begeistert werden konnten, die an einer solchen zuvor vermutlich nie teilgenommen hatten. Wir kommen also wieder, nur werden wir mehr sein und zumal durch die Erfahrungen gestärkt. Zum anderen bin ich zuversichtlich, weil ich gesehen habe, wie schnell und einfach wir mit vergleichsweise wenig Aufwand in der Vorbereitung große Resonanz erzeugen konnten, wie wir es schaffen konnten, uns den Raum zu nehmen und zu füllen. Es zeigt, dass es genügt, nur einige wenige zu sein, um – den Hashtag der Besetzung aufzugreifend – die Uni zum Brennen zu bringen. Denn es gibt so viele, die bereit sind, sich mit ihrer Energie und ihrer Kreativität einzubringen, um Proteste gegen die diskriminierende, und mit Blick auf AfD und Co, gefährliche Politik der Landesregierung zu tragen und sie laut und bunt zu gestalten.

Es stimmt, wir haben Fehler gemacht, die dazu führten, dass uns das Rektorat weite Teile der politischen Arbeit während der Besetzung blockieren konnte. Aber wir werden diese Fehler kein zweites Mal machen. Viel wichtiger ist jedoch, dass wir auch sahen, dass es sich das Rektorat nicht leisten kann, seine eigenen Studierenden von der Polizei aus ihren Gebäuden prügeln zu lassen. Das Audimax war, mehr als wir es während der Besetzung ahnten, unser Raum. Ein Raum, den wir füllten, um Aufmerksamkeit für die diskriminierende Bildungspolitik der Landesregierung zu schaffen und Mut zu fassen für weiteren nachdrücklichen und lautstarken Protest. Ein Raum, um im aktuellen Jahr umso vehementer einzustehen für eine solidarische Gesellschaft und linke Politik.



GASTBEITRAG

Die auswendigen Muster

Über Sinn und Unsinn der vergangenen Proteste gegen
die Wiedereinführung von Studiengebühren

Von Korrektiv Freiburg

Die vergangenen Proteste gegen die von der grün-schwarzen Regierung geplante Wiedereinführung von Studiengebühren für ausländische Studierende sowie für Menschen, die ein Zweitstudium absolvieren, haben große mediale Aufmerksamkeit erhalten. Neben regionalen Medien berichteten auch Jugendmagazine wie „Jetzt“, „Bento“ oder gar die taz über die Besetzung des Audimax der Uni Freiburg. Damit wurde eine, wenn auch nur kurz währende, öffentliche Debatte zu diesem zweifelsohne wichtigen Thema angestoßen. Es steht außer Frage, dass die Wiedereinführung der Studiengebühren zur Bildungsungerechtigkeit beitragen wird – dennoch sollte reflektiert werden, wie sinnvoll Proteste dieser Form überhaupt sein können und wie sie gestaltet werden müssen, um erfolgreich zu sein. Denn bereits während der Demonstration am 26.11. und erst recht während der Besetzung des Audimax wurden Tendenzen deutlich, in das alte aktionistische Muster der Bildungsproteste von 2008/09 zurückzufallen.

Aktionismus bezeichnet unreflektiertes oder zielloses Handeln, bei dem nicht die Ziele der Handelnden, sondern lediglich die Aktionen um ihrer selbst Willen im Vordergrund stehen. Den vergangenen Protesten einen „blinden Aktionismus“ vorzuwerfen, wie es von einigen Seiten getan wurde, wäre nicht nur plakativ, sondern auch falsch. Denn die Forderungen, die von den Besetzer*innen bereits wenige Stunden nach der Okkupation des Audimax veröffentlicht wurden, waren klar formuliert, zielgerichtet

und erfüllbar. Wer den Prozess der Besetzung verfolgte, konnte erkennen, dass die hauptverantwortlichen Personen, die sich um die Organisation der Besetzung kümmerten, um inhaltliche Arbeit bemüht waren – Aktionismus sollte um jeden Preis verhindert werden.

Dies ist jedoch nicht ganz gelungen. Anstelle des „blinden Aktionismus“ ist ein relativer Aktionismus getreten, der zwar nicht rein um seiner selbst Willen handelt, die größeren Zusammenhänge der Thematik rund um die Studiengebühren jedoch außer Acht lässt. Daran sind nicht zwangsläufig die Organisator*innen der Proteste schuld als vielmehr das aktionswütige Kollektiv, das in der Eigendynamik der Proteste zunehmend an Wirkmacht gewann.

Wer die Kritik an den Studiengebühren ernst nimmt, muss weit oberhalb der grün-schwarzen Realpolitik ansetzen. Denn die Wiedereinführung der Bildungsentgelte ist lediglich ein Symptom der seit Jahrzehnten voranschreitenden Ökonomisierung der Bildung. Diese begann auch nicht, wie oftmals behauptet, mit der Einführung des Bologna-Prozesses, sondern mit der Umwandlung von Wissen in eine Ware, die sich bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert vollzog. Eine solche Kritik an den vergangenen Protesten ist keine Relativierung der Konsequenzen einer Wiedereinführung von Gebühren für die Leidtragenden, sie setzt diese vielmehr in den gesellschaftspolitischen, ökonomischen Rahmen, in dem die Logik der Bildungsgebühren erst analysier-

bar wird.

Was aber ist konkret falsch gelaufen? Erste Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Proteste kamen bei der Demo gegen Studiengebühren am 26.11. auf. Dort skandierten Demoteilnehmer*innen zeitweise „Die Bauer muss weg“ und „Das ist keine grüne Politik“. Mit solchen Personifizierungen des Übels in der Person der grünen Wissenschaftsministerin oder dem Versuch, die den ökonomischen Sachzwängen längst unterlegenen Grünen wieder reinzuwaschen, können die Proteste dem eigentlichen Kern der Sache nicht gerecht werden. Diese Parolen mögen als beiläufige, vernachlässigbare Faktoren erscheinen – sie weisen jedoch bereits auf den oben benannten relativen Aktionismus hin.

Dieser verstärkte sich im Laufe der Audimaxbesetzung. Nach den anfänglichen Bemühungen um eine Etablierung von Forderungen und Gesprächen mit dem Rektorat, die von Seiten der Studierenden auch durchaus kompromissbereit geführt wurden, verfiel die Besetzung mit der Zeit den alten aktionistischen Mustern. Das fing damit an, dass an einigen Stellen erneut über das leidige Thema der Beschlussfassung im Konsens diskutiert

werden musste. Denn die Besetzung wollte sich, wie mehrfach (unter anderem auch in der öffentlichen Senatssitzung) geäußert wurde, als „Kollektiv“ begreifen. Damit aber unterliegt sie der ökonomischen Logik, die sie bekämpfen will. Das Kollektiv duldet keine unangepassten Individuen, keine kritische Auseinandersetzung, es ist lediglich auf eine blindlings handelnde Einheit aus – wem das nicht passt, der gilt entweder als Verräter an der gemeinsamen Sache oder als Spalter.

Doch damit war nur ein Anfang gemacht. Die Sinnhaftigkeit der Proteste wurde spätestens am zweiten Tag der Besetzung ad absurdum geführt, als die inhaltlichen Forderungen endgültig den Aktionen in Form von Tanzworkshops und Demotrainingen zum Opfer fielen. Den krönenden Abschluss bildete jedoch die Stürmung der öffentlichen Senatssitzung. Während der Forderung nach einer studentischen Rede zum Thema Studiengebühren seitens des Rektorats ohne große Umschweife stattgegeben wurde, wurde dies nicht als Kompromissbereitschaft im Rahmen der dem Senat gegebenen Möglichkeiten willkommen geheißen, sondern im Laufe der Sitzung die eigenen Forderungen nach Diskussion und Entscheidungsfindung unterlaufen.



Der Aktionismus der Demonstrierenden zeigte sich am deutlichsten in deren eigener Widersprüchlichkeit. Während der Rektor im Laufe seiner Rede mehrfach unsachlich und in reinster Pöbelmanier unterbrochen wurde, war die erste Forderung der Red-

"Wie Schiewer diese Vorgänge kritisieren, die Studiengebühren aber gutheißen kann, bleibt schleierhaft, stellen doch beide Vorgänge Symptome der Ökonomisierung von Bildung dar."

nerin, sie in ihrer Rede doch bitte nicht zu unterbrechen.

Besagte Rede befasste sich nur am Rande mit den Forderungen der Proteste, im Zentrum stand vielmehr der Bericht über die vergangenen Tage, die als „Kollektiv“ erlebt und mit tollen „Workshops“ gestaltet wurden. Auch das gebänderte Essen durfte dabei natürlich nicht unerwähnt bleiben.

Die Protestierenden hätten gut daran getan, beim Jahresbericht des Rektors besser zuzuhören. Dieser entlarvte in seiner Rede nämlich selbst die Vorgänge der Bildungsökonomie und die Widersprüchlichkeit der Einstellungen des Rektorats.

Wie es sich für einen Jahresbericht gehört hob Schiewer die Erfolge der Universität hervor – und wies zeitgleich darauf hin, dass die Finanzierung von Forschung und Lehre durch Projektgelder und Drittmittel ein schwieriges Unterfangen ist, das zu prekären Arbeitsverhältnissen führen kann und gute Bildung und Forschung auf wackelige Beine stellt. Wie Schiewer diese Vorgänge kritisieren, die Studiengebühren aber gutheißen kann, bleibt schleierhaft, stellen doch beide Vorgänge Symptome der Ökonomisierung von Bildung dar.

Die während der öffentlichen Senatssitzung seitens eines Senatsmitglieds geäußerte Kritik hatte überwiegend Hand und Fuß. Die Frage, was ein solcher Aktionismus erreichen soll, ist berechtigt. Nicht der Senat der Uni Freiburg, sondern die Landesregierung ist verantwortlich für die Wiedereinführung der Gebühren, und selbst diese folgt damit allein dem Diktat der Ökonomie in Form der Schwarzen Null. Leider wurde jedoch auch versäumt, den Senat darauf hinzuweisen, dass ihre Stimme in Stuttgart besser gehört wird als die einiger Studierender – dem Senat jedoch von vornherein zu unterstellen, sich nicht solidarisch zu zeigen, war eine unverfrorene Dreistigkeit. Die Kritik an dem Vorgehen darf also nicht partikular, sie muss universell sein. Dazu aber müssen die ökonomischen Prozesse, die zur Verschlechterung von Bildung und Forschung beitragen analysiert und an den richtigen Stellen kritisiert werden. Es geht dabei um eine grundlegende, differenzierte Kritik der Bildungsökonomie, die auf die Verkürzung von Kritik unter den nichtssagenden Slogan der „neoliberalen Politik“ verzichtet und stattdessen die Zustände reflektiert. Nur dadurch, dass die Zusammenhänge von Ökonomie und Bildung, von Universität und Individuum reflektiert werden, kann das Umschlagen von reflektierter Kritik in relativen oder blinden Aktionismus verhindert werden.

WEITERLESEN:

- ▶ Reader des AStA der Uni Münster zur "Ökonomisierung der Bildung" http://www.asta.ms/images/Publikationen/Reader/AStA_MS_Okonomisierung_der_Bildung_3_Auflage_.pdf
- ▶ Tagungsband "Wozu Bildungsökonomie?" vom Deutschen Lehrerverband: http://lehrerverband.de/DL_Tagungsdokumentation_2011_Bildungsoekonomie.pdf
- ▶ "Post-Bildung. Vom Unort der Wissenschaft" von Andreas Dörpinghaus zur gegenwärtigen ökonomischen Lage des Hochschulbetriebs: <http://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2015/10/doerpinghaus->

KOMMENTAR

Warum überhaupt besetzen?

Abju Schal

Was bringt eine Besetzung wie die des Audimax? Sie schafft zum Beispiel einen Ort, an dem sich verschiedene Gruppen und Einzelpersonen zusammenfinden können und über einen kurzen Zeitraum intensiv arbeiten, austauschen und vernetzen können. Sie setzt ein Zeichen nach innen und nach außen, wie viele Menschen bereit sind, sich dem Thema zu widmen und dabei private Kosten in Kauf zu nehmen. Und sie verursacht natürlich Kosten für die Adressat*innen – in diesem Fall für die Universität.

Eine Besetzung ist immer nur ein Protestmittel. Sie kann nicht mehr als das sein, denn sie ist kein Argument an sich. Sie wird als Mittel eingesetzt, um Druck aufzubauen. Und sie ist erfolgreich, wenn die Kosten, die sie verursacht, an der entscheidenden Stelle subjektiv oder objektiv größer ausfallen als das, wogegen protestiert wird. Im Fall der Audimaxbesetzung war das die Einführung von Studiengebühren. Was in den Räumen passiert, während sie besetzt sind, ist in dieser Hinsicht unwichtig, solange die Forderungen stehen. Man kann die Zeit natürlich zur kritischen Reflexion nutzen. Muss man aber nicht. Und nach meh-



rerer Tagen (anspruchsvoller) Ökonomiekritik geht auch bei den letzten aufgepepten der Strom aus. Das gleiche gilt für stundenlange Konsensfindung. Da ist ein Tanzworkshop doch manchmal ganz nett und trägt zur Reproduktion des Streikpotentials bei. Wichtig ist nur, dass so viele da sind, dass sie keine*r vertreiben kann. Es muss teuer werden. Finanziell, ideell und oder sozial, das ist das Wichtige.

Die Reflexion der großen Zusammenhänge kann in so einem Rahmen meistens nicht ausreichend stattfinden, denn die Anwesenden haben ganz verschiedene Kompetenzen. Sie muss vorher und im Nachhinein geschehen. Dessen muss sich auch „das Kollektiv“ bewusst sein, das vielleicht wirklich gut daran beraten wäre, seine Kollektivität auf die Aktion zu beschränken. So kann der Minimalkonsens, den Raum zu verteidigen, ein Kollektiv ermöglichen, dass inneren Widerspruch zulässt und ihm Raum zum Austausch bietet. Man muss sich nicht in allem einig sein. Aber solche, die ihr schwer erarbeitetes Wissen über die großen Zusammenhänge durch Kuschelgruppen und Tanzworkshops bedroht fühlen, sollten sich auch vergegenwärtigen, dass sich der Kapitalismus durch Masterarbeiten und Dissertationen nicht wegreflektieren lässt.

Einzelne Verantwortliche anzuschreien und zu erwarten, dass sie einknicken wie junge Eltern am Süßigkeitenregal, ist Unsinn, solange man keinen Hebel hat. Das gilt für gute wie für schlechte Argumente. Einzelne für Strukturprobleme zu Sündenböcken zu machen führt zu nichts. Zu erwarten, dass das bessere Argument sich aufgrund seiner bahnbrechenden Analyse durchsetzt ist aber – über Optimierungsvorschläge hinaus – ebenso illusorisch. Die Universität wird sich von wirtschaftlichen

Zwängen nicht befreien, indem sie sich derer bewusst wird. Noch viel weniger können das die ohnehin machtlosen Studierenden, wenn sie sich nicht als Kollektiv so positionieren, dass ihre Forderungen Rechnung tragen. Wer „die Zustände“ umwerfen möchte, die einer Ökonomisierung der Universität zugrunde liegen, wird damit weder im Unisenat noch im Landtag argumentativ Erfolg haben, sondern muss sich Strategien überlegen, die außerhalb der Universität ansetzen. Wer aber konkrete Forderungen durchsetzen möchte, wie die Nichteinführung von Studiengebühren, muss sich das eigene Potential zunutze machen, das bei Studierenden eben die schiere Masse ist, so unschön und aktionistisch die auch zuweilen sein mag. Eine gangbare Alternative könnten Basisgewerkschaften darstellen, die es vermögen, dem Protest der Studierenden eine solidere Form zu geben. Aber auch sie würden den Druck, den Kollektive auf einzelne zuweilen Ausüben, nicht aufheben können. Dafür könnten sie was reißen.

ESSAY

Barrierefreiheit und Inklusion als „Selbstverständlichkeit“

Von – vermeintlich selbstverständlichen – Veränderungen in den Köpfen und Strukturen

Andreas Hanka

Man muss nicht allzu weit zurückschauen, um zu sehen, dass das, was unter „Behinderung“ verstanden wird, einem kontinuierlichen Wandel unterliegt. Wurden Menschen mit Behinderung im Dritten Reich noch kaltblütig ermordet, folgte darauf in der BRD Ausgrenzung und Exklusion. Wer behinderungsbedingt nicht arbeiten konnte, wurde als lebensuntüchtig angesehen; Betroffene wurden – vermeintlich zu ihrem eigenen Besten – in speziellen Einrichtungen versorgt und möglichst vom Rest der Bevölkerung fern gehalten.

Ein eindrückliches Beispiel für den Umgang mit Behinderung bis in die 1980er Jahre stellt ein Urteil des Frankfurter Landesgerichtes dar. Der Klägerin wurden 50% des Reisepreises einer Pauschalreise zugesprochen, da – neben weiteren Mängeln – „eine Gruppe von Schwerbehinderten bei empfindsamen Menschen eine Beeinträchtigung des Urlaubsgenuss darstellen kann.“ Weiter wurde in der Urteilsbegründung ausgeführt: „So wünschenswert die Integration von Schwerbehinderten in das normale tägliche Leben ist, kann sie durch einen Reiseveranstalter sicher nicht erzwungen werden. Daß es Leid auf der Welt gibt, ist nicht

zu ändern; aber es kann der Klägerin nicht verwehrt werden, wenn sie es jedenfalls während des Urlaubs nicht sehen will.“ Dass gerade einmal 14 Jahre später Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes um den Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ ergänzt wurde, könnte man auf einen steten, selbstverständlichen Wandel der Gesellschaft zurückführen, schließlich wird eine für uns alle – hoffentlich – inzwischen selbstverständliche Tatsache wiedergegeben. Doch geht dies vielmehr auf die Hartnäckigkeit und das stete Engagement vieler Personen zurück, die sich für diesen gesellschaftlichen Wandel eingesetzt haben.

„Behinderung wird nun nicht mehr vom medizinischen Defizit her verstanden, sondern anhand gesellschaftlicher Strukturen festgemacht.“

Seit 2006, als die Behindertenrechtskonvention von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und im März 2009 auch durch die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert und damit rechtlich verbindlich wurde, ist es wie-

der zu einem Paradigmenwechsel gekommen, der unter dem Begriff Inklusion zusammengefasst wird. Anstatt Menschen mit Behinderung als Außenstehende zu sehen, die in die Gesellschaft integriert werden müssen, wird davon ausgegangen, dass Menschen mit Behinderung von Beginn an Teil der Gesellschaft sind. Behinderung wird nun nicht mehr vom medizinischen Defizit her verstanden, sondern anhand gesellschaftlicher Strukturen festgemacht. Entsprechend ist dafür Sorge zu tragen, dass die Teilhabe an der Gesellschaft nicht aufgrund von ausschließenden Strukturen und/oder Mechanismen unterbunden wird. Um eines der gängigsten Beispiele zu benennen: Die Behinderung liegt nicht darin, dass jemand einen Rollstuhl benötigt, sondern darin, dass aufgrund von Stufen und mangels Rampe, Aufzug oder Treppenlift keine entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden sind, um das Erreichen von best. Räumen zu ermöglichen.

Bezieht man dieses Konzept von Behinderung nun auf die Universität Freiburg, so stößt man sicherlich schnell auf Grenzen, da eine fast 560 Jahre alte Institution, deren Gebäudestruktur aus verschiedensten Jahrzehnten und sogar Jahrhunderten stammt, nicht von heute auf morgen barrierefrei gemacht werden kann. Doch benötigt wird konsequente Weiterentwicklung bei Um- und Neubaumaßnahmen und ein Konzept und Zeitplan zur Umsetzung des notwendigen, flankierend angereichert um eine Sensibilisierung aller Mitglieder der Universität. Seien es Mitarbeiter*innen in Prüfungsämtern, Lehrende oder auch Studierende. Denn solange – und auch hier muss die neue UB einmal mehr als Beispiel herhalten – Fahrräder außerhalb oder Tragekörbe innerhalb des Gebäudes einfach überall abgestellt werden, mag das für die meisten vielleicht nur ein Ärgernis sein, für Menschen mit Seheinschränkung wird es

aber zur unmittelbaren Gefahr und für Menschen im Rollstuhl kann es zu einem unüberwindbaren Hindernis werden, das große Umwege mit sich bringt. Nun ist es sicherlich eine der Eigenschaften der Studierendenvertretung, recht ungeduldig zu sein und Änderungsprozesse schnell vorantreiben zu wollen. Entsprechend setzt sich das SoH-Referat der Studierendenvertretung für den Abbau von Barrieren ein – und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen. Dass dies dringend notwendig ist, zeigt eine Episode aus dem Arbeitskreis unter Vorsitz des Kanzlers der Universität, der sich mit der baulichen Barrierefreiheit der Uni beschäftigt. Auf Anfrage der Studierendenvertretung, wie viele Aufzüge derzeit über eine Sprachansage verfügen (diese ist für blinde Nutzer*innen wichtig zur Orientierung; eine Funktion, die übrigens auch in der neuen UB erst nach entsprechendem Nachdruck installiert wurde), wurde darüber informiert, dass von den 85 Aufzuganlagen der Universität nur rund 35 über die notwendige Technik verfügen – und diese wiederum nur bei neun Aufzügen aktiviert sei; am darauffolgenden Tag kamen noch drei Aufzüge im KG I hinzu, insg. handelt es sich also um 12 Aufzüge mit aktivierter Sprachansage (Stand: 30.11.2016).

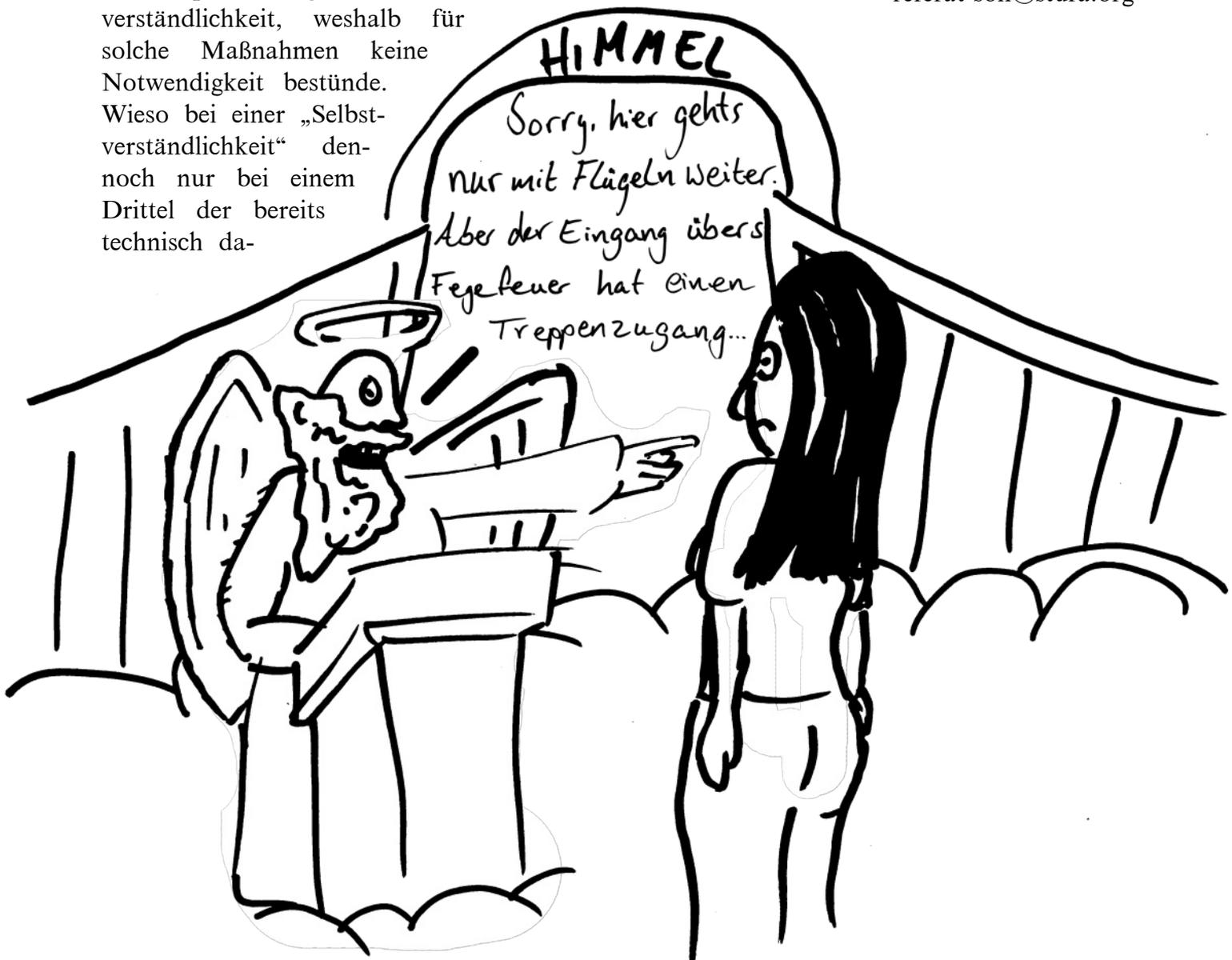
"Wieso bei einer 'Selbstverständlichkeit' dennoch nur bei einem Drittel der bereits technisch dazu fähigen Aufzügen die Ansage aktiviert ist, stimmt nachdenklich."

Es ist bedauerlich, dass bisher nicht auf den Vorschlag eingegangen wurde, transparent zu machen, bis wann die Sprachansagen in den verschiedenen, technisch dazu fähigen Aufzügen aktiviert werden. Gravierender aber ist die Ablehnung des

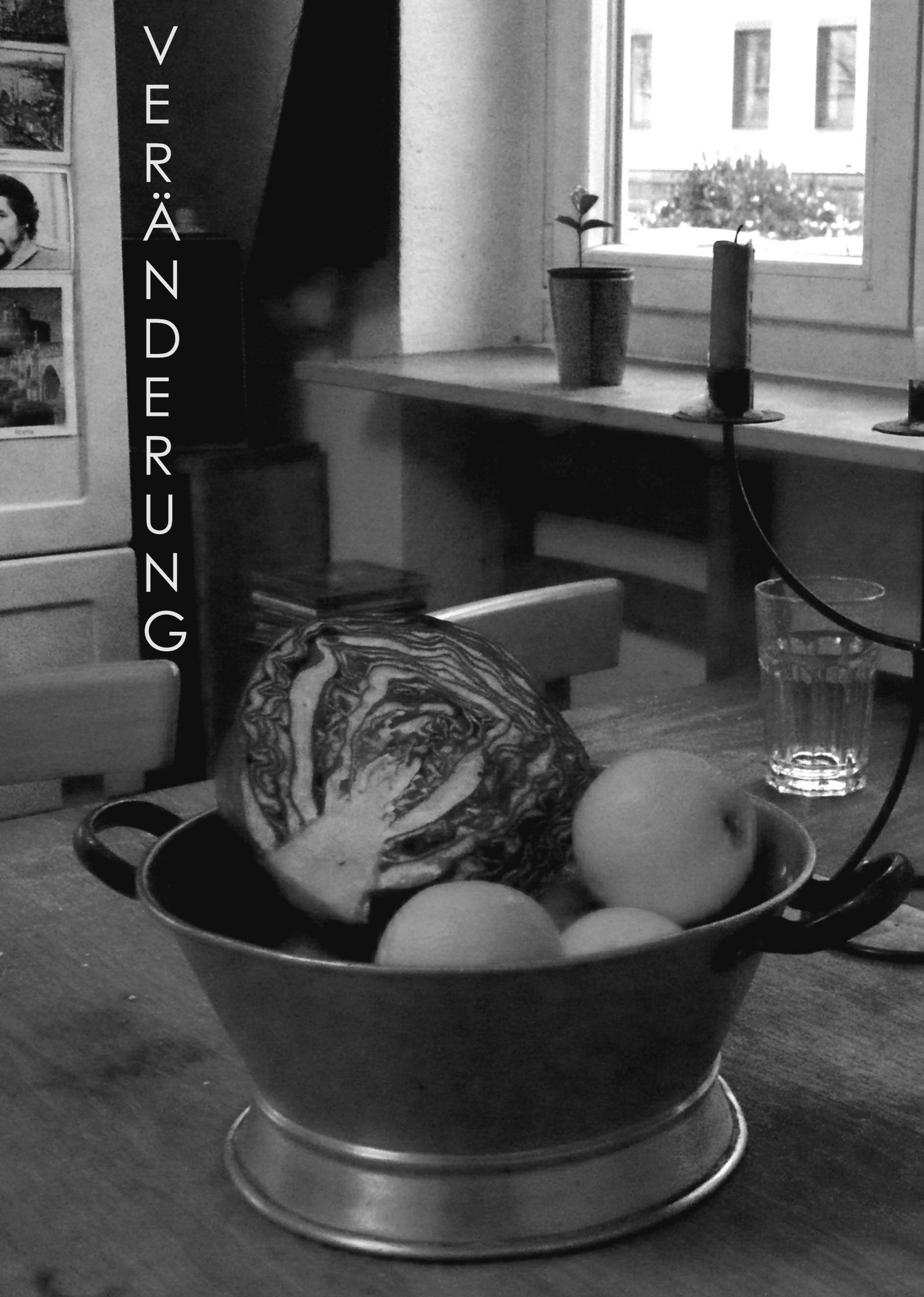
Vorschlags, mit Aufklebern über die Funktion der Sprachansagen (die wohl auch schon zu Beschwerden geführt haben und anschließend abgestellt wurden) oder auch über deren technisch bedingtes Fehlen zu informieren. Diese Ablehnung lässt tief blicken, könnten so doch mit geringem Aufwand gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: das Thema Behinderung würde sichtbar gemacht, es würde sensibilisiert und bei fehlender Sprachansage würde gezeigt werden, dass ein Bewusstsein der Universität für das Fehlen herrscht und dieses möglichst zeitnah behoben werden soll. Der Kanzler begründete die Ablehnung abschließend mit der Äußerung, es handle sich bei diesen Sprachansagen um eine Selbstverständlichkeit, weshalb für solche Maßnahmen keine Notwendigkeit bestünde. Wieso bei einer „Selbstverständlichkeit“ dennoch nur bei einem Drittel der bereits technisch da-

zu fähigen Aufzüge die Ansage aktiviert ist, stimmt nachdenklich. Der Geist einer „herausragenden Spitzenuniversität“ sollte ein anderer sein. Es bedarf also weiterhin engagierter Menschen, die sich für das Thema einsetzen. Und es bleibt auch nicht bei baulicher Barrierefreiheit, denn auch Verwaltungsvorgaben und -strukturen können Barrieren darstellen, z.B. die restriktive Struktur innerhalb der Bachelor- und Master-Studiengänge für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung. Wer Interesse hat, sich in diesem Feld zu engagieren, kann sich gerne beim SoH-Referat melden.

www.stura.org/gremien/referate/soh-referat-soh@stura.org



V
E
R
Ä
N
D
E
R
U
N
G
S





Der Wechsel in das neue Jahr, weltpolitische Geschehnisse mit denen man nicht gerechnet hätte, neue Vorsätze und vieles mehr; Veränderung ist eine Sache die uns durchgehend begleitet. Dass wir keine Angst davor haben müssen, dass Wandel oftmals dringend notwendig ist, aber auch wie lange es manchmal dauern kann bis Reformen eintreten, behandeln die folgenden Seiten.

Jakob Böhm hat ein Plädoyer formuliert, in welchem er reflektiert, was Veränderung ausmacht und, dass die einzige Art und Weise produktiv mit ihr umzugehen, oftmals das Mitgestalten von eben jener ist. Über die weit verbreitete Terror-Angst hat Rebbe* Blum geschrieben. In ihrem Essay macht sie deutlich, dass genau diese Angstkommunikation durch die Medien verbreitet wird und Medien sich all zu oft in den Dienst der Terrorist*innen stellen. Dass die eigentliche Situation sich nicht geändert hat, sonder unser Sicherheitsgefühl, und dass hier der Aufschrei nach einem Überwachungsstaat falsch ist wird in ihrem Artikel deutlich. Beate Massel, die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkankung schreibt in ihrem Artikel über das Vorhandensein von materiellen sowie nichtmateriellen Barrieren im Studienalltag, und über die Langwierigkeit, die angestrebte inklusive Hochschule wirklich in die Tat umzusetzen. Man ist schon weit gekommen, doch je sensibilisierter die Gesellschaft für dieses Thema wird, desto offensichtlicher werden Barrieren und desto deutlicher wird der Aufschrei nach Veränderung des Unisystems.

Auch Matthias fordert Veränderung, denn die jetzigen Unistrukturen sind problematisch und undemokratisch, laut ihm ist schlussendlich Demokratie nur dann an Hochschulen möglich, wenn das bisherige System umgeworfen wird.

- keine Anzeige -



* Dauerhafter Sonderpreis für Universitäten und zugehörige Institutionen des Landes Baden-Württemberg.
Nackenkissen Relax nicht enthalten. Regulärer Handelspreis Peros & Relax: 5.078,- €



Ruhesessel Grand Peros

Aussergewöhnlicher
Komfort zum Preis der
Studiengebühren von nur
zwei ausländischen Studierenden.

3.000,- €*

Veränderungen passieren manchmal auf einen Schlag, und manchmal kommen sie schleichend. Manchmal kann man sie vorhersehen, und manchmal steht man vollkommen unerwartet vor einem Resultat. Veränderungen können erfreuen, besorgen, verängstigen, wütend oder glücklich machen. Veränderung bedeutet aber immer eines: einen Bruch. Der Ist-Zustand, und hat er noch so lange gewährt, verabschiedet sich mal mit einem fundamentalen Knall, mal klammheimlich in die Vergangenheit und die Gegenwart ist erfüllt mit etwas Neuem. Dieses Neue wird dann auch erst einmal so wahrgenommen. Ungewohnt und unbekannt hat es sich gewollt oder ver-teufelt in unser Leben gedrängt – und ist jetzt da. Es erscheint falsch und fremd und fällt dadurch auf. Der neue Wäschekorb genauso wie die Narbe an der Hand, der neue Mensch im Freundeskreis genauso wie eine Millionen neuer Menschen im Land. Und der Fokus liegt auf dem Bruch, er wird deshalb meistens als viel größer wahrgenommen, als er eigentlich ist. Und deshalb erzeugt er auch heftige Reaktionen in und von uns. Wir wissen nämlich oft nicht, was als nächstes passiert. So ist das mit Veränderungen, sie bringen Ungewissheiten und Unsicherheiten mit sich. Doch mit der Zeit lernt man es kennen, das Neue, die Neue, den Neuen, gewöhnt sich, erkennt und urteilt ein zweites Mal. Meistens sieht man dann, dass alles dann gar nicht so schlecht ist, wie man im ersten Augenblick befürchtet hat. Manchmal aber eben schon.

Veränderung ist weder gut noch schlecht, in ihr ist beides angelegt - und eine ganze Menge dazwischen. Veränderung birgt genau deshalb ein Risiko, denn die Resultate sind meist nicht abzuschätzen. Aber Veränderung ist genauso gut eine Möglichkeit, eine Chance und vor allem immer eine Perspektive. Man sollte sowieso viel eher auf Veränderung setzen, als auf das Gleichbleiben der Zustände. Und das kommt so:

Veränderung hat drei Grundprinzipien, die gegeben sein müssen, ohne die sie nicht vonstatten gehen kann: Raum, Zeit und Energie. Diese drei Prinzipien finden sich dann auch konsequent überall im Universum wieder (bis auf wenige hier vernachlässigbare und streitbare Ausnahmen). Zeit und Raum bedingen sich sogar notwendigerweise gegensei-



ESSAY

Veränderung: Ein Plädoyer

Veränderung ist unvermeidlich. Statt vor Angst am falschen Alten festzuhalten, sollten wir versuchen, sie positiv zu beeinflussen.

Von Jakob Böhm

tig, während beide die Energie bedingen. Ohne Zeit kein Raum, ohne Raum keine Zeit. Und ohne Raumzeit keine Energie. Der Spruch „Früher war alles besser“ ergibt keinen Sinn ohne die uni-

verselle und allgegenwärtige Annahme und Übereinkunft in unseren Köpfen, dass sich mit der Zeit alles wandelt. Wenn sich mit der Zeit nicht alles wandelt, dann kann früher auch nicht alles besser gewesen sein, sind doch dann zumindest einige Dinge noch im gleichem Zustand wie in diesem ominösen, vielbesungenen Früher. Und da sich alles ändert, ändert sich auch überall etwas, denn überall ist etwas – sonst wäre es ja kein Überall, sondern ein Nirgendwo. Und das Nirgendwo ist raumlos, also gibt es auch keine Veränderung – vielleicht verändern sich die Verhältnisse deswegen in der Provinz so langsam, mitten im Nirgendwo. Zeit und Raum also, aber eben auch Energie sind wichtig. Ohne Aufwand, ohne Anstrengung und ohne Mühen tut sich nichts. Freilich, mit all der Mühe tut sich oft genug auch nichts, der Verfasser kennt das aus der Hausarbeitszeit. Aber ohne schon gar nicht. Veränderung ist Bewegung, und Bewegung braucht Anstoß, braucht Energie, um stattzufinden. Oft ist diese benötigte Energie aber sehr gering, und Energie durchweht das Universum, wie schon erwähnt, durch und durch. Veränderungen können also leicht Anstoß finden. Oft passieren Dinge zu unserem Wohl oder eben Übel, ohne dass wir etwas dazugetan hätten. Eine Bewegung im Hintergrund, einen Anstoß oder Impuls, muss es trotzdem gegeben haben – auch wenn er für uns unsichtbar bleiben mag.

Wenn Veränderung immer eine Bewegung ist, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne, dann gibt es aber auch zumindest einen denkbaren Zustand, in dem es keine Veränderung gibt: Indem Stillstand herrscht. Wenn sich nichts bewegt und bewegen kann (oder darf), dann kann es auch keine Veränderung geben. Verschlechterungen aber auch Verbesserungen sind kategorisch ausgeschlossen.

Doch bei allen schlechten Veränderungen, die in der Zukunft harren (könnten): Stillstand kann keiner wollen. Wie gut es sich ausgeht dann, dass es ihn sowieso so gut wie nicht gibt. Die Galaxie umkreist ein Schwarzes Loch, die Erde umkreist die Sonne, die Liebenden sich selbst. Jahreszeiten wechseln, ohne dass Menschen die Macht hätten, dies zu ändern. Das Wetter wechselt beinahe täglich, während sich das Klima zwar langsam verändert – aber es verändert sich (auch langsame Veränderungen können dramatisch sein). Objekte bewegen sich hin und wieder zurück und wir selbst pendeln auch zwischen den Orten unseres Lebens. Unsere Stimmung ändert sich jeden Tag sogar mehrmals. Diese Auflistung ist beliebig weiterzuführen, erkennbar wurde hoffentlich: Stillstand ist meiner Meinung nach eine Farce, ein Konstrukt. Eine perverse Fantasie des Militärs, um Kämpfende zu disziplinieren; eine ekelhafte Strafe die im Laufe der Zeit in verschiedensten Einrichtungen Anwendung fand; eine in die Vergangenheit reichende Hoffnung von denjenigen, die „Früher war alles besser!“ rufen und Horst Seehofer wählen.

„Stillstand ist meiner Meinung nach eine Farce, ein Konstrukt. Eine perverse Fantasie des Militärs, um Kämpfende zu disziplinieren“

Nichts steht still, zu keinem möglichen oder unmöglichen Zeitpunkt, nirgendwo. Oder, um es positiv und mit den Worten eines Mannes zu formulieren, der dies bereits 2400 Jahre vor unser aller Geburt tat: panta rhei – alles fließt. Heraklit von Ephesos soll so gesprochen haben. Heute würde man vielleicht exakter resümieren: Alles kann sich zu jeder beliebigen Zeit überall dort, wo es selbst vorhanden ist, mit der nötigen Energie wandeln. Und ist die Zeitvariable nur lange genug,

ändert sich sowieso alles, findet sich stets genug Energie. Stillstand ist Fiktion. Dinge mögen für einen gewissen Zeitraum stillstehen, oder so aussehen, als ob sie stillstehen, aber dennoch werden sie sich immer wieder in Bewegung setzen und sich gleichzeitig unmerklich bewegen und verändern. Marmorstatuen erodieren, Ber-

"Veränderung braucht lediglich Zeit, Raum und Energie, und ist deshalb immer und überall möglich, ja sogar höchstwahrscheinlich – quasi stets im Verzug, denn Stillstand gibt es nicht."

ge werden kleiner, und ein Zug der im Bahnhof zum Stillstand kommt? Er bewegt sich immer noch mit rund 100.000 km/h durch den Raum – wir alle übrigens.

Veränderung ist weder gut noch schlecht, doch meist mit ungewissem Ausgang. Veränderung braucht lediglich Zeit, Raum und Energie, und ist deshalb immer und überall möglich, ja sogar höchstwahrscheinlich – quasi stets im Verzug, denn Stillstand gibt es nicht. Denkt man länger darüber nach, ist das verdammt beängstigend. Angst ist eine Emotion (lat. motio = Bewegung), die dem Menschen Gefahr anzeigen soll. Und das tut sie auch recht effektiv. Manchmal ist sie aber auch übereifrig. Manchmal herrscht zu viel Angst, und in manchen Menschen besonders. Diese nennen wir dann lächelnd Angsthasen oder spöttisch Schisser*in. Fest steht aber, dass Veränderungen starke Emotionen evozieren können, und dies meistens auch tun. Und die stärkste davon scheint mir die Angst zu sein. Wenn Dinge groß erscheinen und wir sie nicht kennen, spüren wir Gefahr und Angst. Das kann sehr schnell in Wut umschlagen. Kleine Hunde sind oft so aggressiv, weil sie eben so klein sind. Bei kleinen Geistern kann sich das anscheinend um

ein Vielfaches potenzieren.

Diese Angst, die wir alle schon einmal wegen heraufkommenden Veränderungen gespürt haben, kennen wir alle. Sie lässt uns oft gleich doppelt festhalten am bisherigen Ist-Zustand, auf dass er nicht verloren geht. Mit Mühen und Anstrengung stemmen wir uns gegen allen Wandel, der da kommen möge. Wir legen unsere Anstrengungen in die Waagschale, um das Neue zu verhindern. Und manche Menschen wissen sich eben nicht anders zu helfen als mit Gewalt. Diese unsere Anstrengungen fruchten manchmal recht gut, manchmal eben auch nicht. Oft schaffen wir es, einige der befürchteten Resultate abzuwenden, während sich die Veränderung im Großen und Ganzen trotzdem vollzieht.

In einer Demokratie stehen stets tausende Menschen am Tau der politischen Entscheidung, um für den einen oder anderen Wandel zu ziehen – oder für das Gleichbleiben der Situation, den unmög-

"Dass Veränderung kommt, ist unabänderlich. Veränderung selbst ist aber -wie eben alles- änderbar und oft beeinflussbar."

lichen Stillstand. Wir leben in bewegten Zeiten, gleich mehrere zähe Tauziehen sind im Gange. Wer am Ende das Seil in Händen hält, ist nicht erkennbar. Klar ist aber, dass man Einfluss nehmen kann. Man kann sich einreihen, das Tau greifen und ziehen. Dass Veränderung kommt, ist unabänderlich. Veränderung selbst ist aber -wie eben alles- änderbar und oft beeinflussbar.

Die einzige Alternative zum stummen Ertragen des Wandels oder sich aussichtslos dagegenzustellen ist es also, Veränderung zu gestalten. Schon im Wort „gestalten“ liegt ein kreatives Element, und das gilt es auszuspielen. Hunderte Schisser*innen waren im vergangenen Jahr kreativ und haben sich klar positioniert zum

Wandel der Zeit. Mit Demonstrationen, flammenden Reden und vor allem Flammen stemmten sie sich gegen Veränderungen, die schon längst vollzogen wurden, schon lange im Gange sind und über sie herfallen. Der Ist-Zustand ist nicht perfekt, das ist wohl klar. Die fortlaufenden Veränderungen bringen nicht nur Gutes, doch sie sind im Gange. Weder war früher alles besser, noch wird in der Zukunft alles gut. Gerade deshalb sollten

wir uns doppelt anstrengen, und das Gestalten nicht Menschen zu überlassen, deren Knie vor Panik schlottern, wenn man nur „Es muss sich etwas ändern“ sagt. Wer Veränderung will und Veränderung verändern will, muss sich anstrengen. Und diese Schisser*innen bemühen sich sehr, einen rückwärts gerichteten Wandel voran zu treiben. Es bleibt ein Tauziehen, und wohin genau gezogen wird, bleibt abzuwarten – oder zu gestalten!

ANALYSE

Terroranschläge verändern alles! Wirklich?

Von Rebbe*

Nach dem Terroranschlag in Berlin kurz vor Weihnachten 2016 fragten viele Medien und Internetnutzer*innen, ob man Weihnachten jetzt noch so fröhlich feiern könne wie früher. Terroranschläge werden oft als Zäsur wahrgenommen und es wird davon gesprochen, dass der entsprechende Terroranschlag etwas verändert habe und die Welt nicht mehr dieselbe sei wie zuvor. Natürlich sind Terroranschläge schreckliche Ereignisse. Doch Terroranschläge sind vor allem für die unmittelbar Betroffenen, also Verletzte, Augenzeug*innen, Helfende und Angehörige dramatische Erlebnisse. Diesen Menschen ist zu wünschen, dass sie ein festes Netz an Freund*innen, Familie und professioneller Hilfe zur Seite haben, um die schrecklichen Erlebnisse zu verarbeiten.

Für all die anderen Menschen verändert sich meist vor allem das Sicherheitsgefühl. Viele Menschen sind nach einem Terroranschlag verängstigt und verunsichert. Und das ist mehr als verständlich, denn das ist genau die Botschaft, die durch einen Terroranschlag verbreitet werden soll. Terroranschläge können als Angstkommunikation betrachtet werden. Die Wirkung des Terrors ist



nicht aufgrund der Zahl der Getöteten so effektiv, sondern weil viele Leute Angst haben, auch sie könnten von einem Anschlag getroffen werden. Es ist wichtig zu verdeutlichen, dass nicht der eigentliche terroristische Anschlag für die Wirkung von Terror nötig ist, sondern das massenweise und ständige Sprechen und Berichten über den terroristischen Anschlag. Natürlich ist es die Aufgabe der Nachrichtensendungen über terroristische Anschläge zu berichten, es ist jedoch auch nötig sich Gedanken zu machen, wie über Terroranschläge berichtet wird. Nach einem Terroranschlag in der westlichen Welt folgen ununterbrochen Nachrichtensendungen, es wird oft live vor Ort berichtet, Augenzeug*innen und Verletzte werden vor die Kameras gezerrt, um mit Angst und Schmerz verzerrten Gesichtern von den grausamen Erlebnissen zu berichten. Im Internet, aber auch in seriösen Nachrichtensendungen werden Aufnahmen des Anschlags gezeigt. Nach dem Anschlag auf das Satire-Magazin Charlie Hebdo wurde sogar die Ermordung eines Polizisten immer und immer wieder im Fernsehen gezeigt. All diese Bilder und Berichte transportieren eine Botschaft: ES IST ETWAS SCHRECKLICHES PASSIERT. DU HATTEST GLÜCK, DASS DIR NICHTS PASSIERT IST. ES HÄTTE DIR AUCH PASSIEREN KÖNNEN. WIR ALLE SIND IN GEFAHR. Wenn man kurz innehält und überlegt, welche Botschaft durch den Terroranschlag verbreitet werden sollte, wird deutlich, dass dies genau der von den Terrorist*innen beabsichtigte Effekt ist. Die derzeitige Berichterstattung, die versucht so nah wie möglich am Ereignis zu sein und die Gefühle der Betroffenen authentisch darzustellen, verliert ihre Aufgabe, nämlich über politische Ereignisse zu berichten, aus den Augen und stellt sich in den Dienst des terroristischen Anschlags: die terroristische Botschaft, alle Menschen sol-

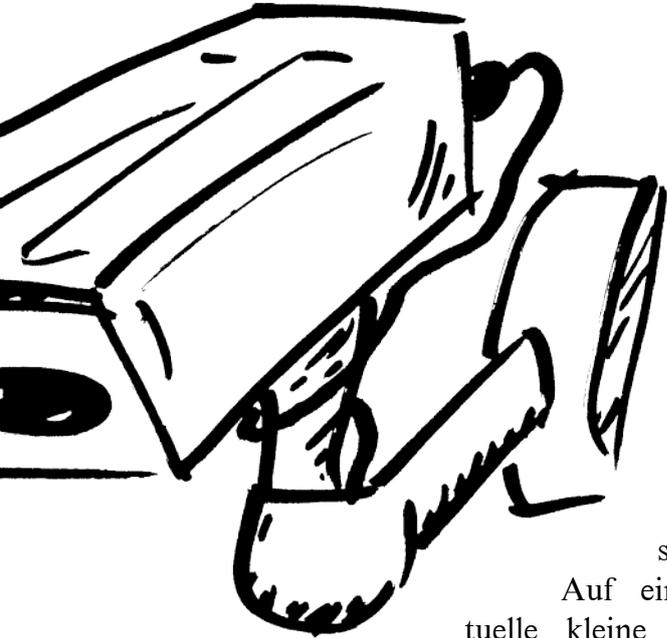
len Angst haben, wird verbreitet.

Nach islamistischen Terroranschlägen wird oft gesagt, sie seien ein Angriff auf die westliche Lebensweise und die demokratische und offene Gesellschaft. Um sich nicht von terroristischen Anschlägen einschüchtern zu lassen fordern viele, nach einem Anschlag müsse man genauso weiterleben wie zuvor. Oft bedeutet das lediglich: weiter auf Partys gehen, weiter auf dem Weihnachtsmarkt shoppen, weiter ins Stadion. Darum darf es nicht allein gehen, denn demokratische Gesellschaften zeichnen sich nicht nur durch ihre Konsumangebote und ihren Hedonismus, sondern durch ihre Offenheit aus. Dazu gehört die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, aber auch die Möglichkeit, sich unbe-



und frei bewegen zu können. Aus diesem Grund sind die routinierten, wie jetzt auch nach dem Anschlag in Berlin, aufkommenden Rufe nach mehr Sicherheit und mehr Überwachung, ein echtes Problem. Offene Gesellschaften zeichnen sich durch Freiheiten und demokratische Grundrechte aus. Wenn man sagt, man dürfe sich nicht von Terrorismus beeindrucken lassen, ist es wichtig diese Grundrechte und Freiheiten nicht freiwillig

lig abzugeben, sondern über die Forderung nach Sicherheitsverschärfungen zu reflektieren. Nach dem Anschlag von Berlin werden nun mehr Überwachungskameras gefordert. Fragt sich, was das bringen



soll.

Auf eine aktuelle kleine Anfrage der Partei Die Linke im Bundestag hin, räumte die Bundesregierung ein, dass Überwachungskameras bisher keinen Terroranschlag verhindert haben. Sie liefern also lediglich im Nachhinein bessere Aufnahmen der tödlichen Angriffe. Und auch das Speichern und Sammeln von noch mehr persönlichen Daten, bedeutet keine absolute Sicherheit vor Terroranschlägen, insbesondere wenn man bedenkt, dass sogar Fahrzeuge zum Terrorwerkzeug werden können. Wir können nicht alle Gefahren ausschließen, sonst können wir kein freies Leben mehr führen.

Terroranschläge sind ein Akt der politischen Kommunikation. Auf diese politische Kommunikation, sollte auch politisch und nicht, wie aktuell, mit emotionaler Kommunikation geantwortet werden.

Anstatt nach Terroranschlägen übernerös nach mehr Überwachung und Sicherheit zu schreien, könnten sich all die Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, Gedanken darüber machen, welche anderen Handlungsmöglichkeiten noch im Raum stehen. Als politische Antwort auf Terroranschläge könnte man beispielsweise die EU auffordern, Geldflüsse des IS zu unterbinden. Fabio De Masi, Europaabgeordneter der Linken sagt dazu: "Dass man angeblich Krieg gegen den Terror führt, aber der IS Geld nach und durch Europa schicken kann, ist absurd." Diese Lösung wäre zwar mit einigen politischen Hürden verbunden, bspw. dass die EU-Staaten einstimmig darüber entscheiden müssten. Ein schwieriges Unterfangen, aber nicht unmöglich. Ob dies eine effektive Lösung wäre, weiß ich nicht. Ich halte diese Forderung allerdings auf jeden Fall für sinnvoller, als sich einen totalitären Überwachungs-Sicherheitsstaat herbeizusehnen, der am Ende doch nicht in der Lage ist, Terroranschläge zu verhindern.

Es gilt zu bedenken, dass nicht ein Terroranschlag die Grundlage einer offenen Gesellschaft verändert, sondern Gesetzesverschärfungen, die die Grundrechte und individuellen Freiheiten beschneiden. Um dies nicht zu begünstigen ist auch eine sachlichere Berichterstattung nötig, denn überemotionale Berichterstattung verbreitet zum einen die terroristische Angstbotschaft und flankiert damit oft massive Gesetzesverschärfungen.

Studierenden mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen begegnen im Studienalltag sichtbare und unsichtbare Barrieren. Bei den materiellen Barrieren, wie Zugängen, Aufzügen, technischen Ausstattungen, Ruheräumen usw. gibt es für Um- und Neubauten klare Vorgaben, wie die Landesbauordnung, DIN Normen und eigene Standards. Beauftragte und Schwerbehindertenvertreter*innen werden zu den Planvorstellungen eingeladen und können sich äußern. Trotz der Sichtbarkeit und Eindeutigkeit dauert die Umsetzung manchmal lang, trotz der eingehaltenen Normen erweisen sich Planungsdetails als impraktikabel. Für die unsichtbaren Barrieren braucht es einen noch längeren Atem, viel Energie und Aufklärung. Das Ziel ist die inklusive Hochschule. Dieser Endpunkt scheint sich, trotz aller Bemühungen, mit jedem Schritt in die richtige Richtung auch wieder ein Stück weit zu entfernen. Mit zunehmender Aufmerksamkeit weitet sich der Blick. Barrieren sind zwar veränderbar, aber die Arbeit scheint unendlich zu sein, „...weil dann neue Barrieren sichtbar werden und Neues als Barriere erkannt und bewertet wird.“

Entwicklung des Beratungsangebotes

Durch die Erweiterung und Flexibilisierung der Sprechstunden und die mögliche schnelle Kontaktaufnahme per Mail sowie die Verortung des Büros der Beauftragten in unmittelbarer Nähe zur allgemeinen Studienberatung und dem Studierendensekretariat im SCS, wurde der Zugang zur Beratung niederschwelliger organisiert.

Die Schwelle, sich Unterstützung zu holen, wird niedriger, die eigenen Ängste und Bedenken beim Offenlegen der Schwierigkeiten geringer. Während Studierende in höheren Semestern tendenziell erst in die Beratung kommen, wenn Prüfungsleistungen wiederholt nicht erbracht werden konnten, endgültiges Nichtbeste-



hen und Exmatrikulation drohen oder der Grad der Erschöpfung eine stationäre Behandlung erfordert, zeichnet sich eine Veränderung ab.

Durch die inklusive Beschulung erreichen mehr junge Menschen mit Handicap die Hochschulzugangsberechtigung. Auch Menschen mit deutlichen Teilhabebeeinträchtigungen trauen sich zunehmend ein Studium zu. Studierende und Eltern kennen durch die inklusive Beschulung schon Unterstützungsangebote bzw. wurden sie bereits in Anspruch genommen und nun gezielt nachgefragt. Die Studieninteressierten und Bewerber*innen kommen oft ein Jahr vor dem Studienbeginn und informieren sich über die möglichen Maßnahmen. Dies gibt Gelegenheit, zusammen mit Studienfachberater*innen und Studiengangskoordinatoren*innen sowie Therapeuten*innen, Studienbegleiter*innen und Betreuer*innen ambulanter Wohnformen sowie den Eltern einen möglichst optima-



Atem der Behinderung

e Massell

len Start in das Studium zu planen und zu begleiten.

Im akademischen Jahr 2015/2016 hat sich Zahl der Studierenden, die sich zum ersten Mal an die Beratungsstelle gewandt haben, im Vergleich zu den zwei vorherigen Jahren, mehr als verdoppelt. Es haben im Monatsschnitt sieben Mal so viele Beratungen stattgefunden, wie in den Vorjahren. Während früher Fragen zu Beurlaubung, Exmatrikulation, prüfungsrechtlichen Themen und Nachteilsausgleichen im Vordergrund standen und vereinzelt Stellungnahmen für Studienassistenz und technische Hilfen geschrieben werden mussten, erfordert die zunehmende Komplexität der Fragestellungen, zusätzlich hierzu intensivere Beratung, Begleitung und Coaching.

Themen sind z.B. der Wiedereinstieg nach Krankheitsphasen, Krankheitsbewältigung, die Organisation des Studienalltags, Umgang mit Leistungseinschränkungen und

Krisen, Vermittlung von Hilfen und Zugang zu Netzwerken und der Übergang in den Beruf. Die Beauftragte steht als Ansprechperson nicht nur den Studierenden, sondern auch den Mitarbeitenden in Lehre, Verwaltung und Technik sowie dem Unterstützungsnetzwerk außerhalb der Universität als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Es ist erfreulich, dass Institutsmitarbeiter*innen, auch aus der Verwaltung, zunehmend sensibilisiert und informiert sind. Bei auftretenden Schwierigkeiten werden Studierende angesprochen und die Beauftragte als neutrales Beratungsangebot unter Schweigepflicht empfohlen.

Arten der Behinderung/chronischen Erkrankung

Die vorgelegte Übersicht über die Arten der Behinderung oder Erkrankung der Neuzugänge bestätigt frühere Untersuchungen, dass Beeinträchtigungen der Motorik und des Sehens in der Regel mit baulichen, technischen und personellen Maßnahmen gut ausgeglichen werden können. Schwierigkeiten im Studienverlauf entstehen vor allem bei schubweise verlaufenden somatischen (z.B. Morbus Crohn, Rheuma) und neurologischen Erkrankungen (z.B. Multiple Sklerose). 22% der Studierenden kamen aufgrund von Studierschwernissen wegen chronischen psychischen Erkrankungen in die Beratung, 9% mit Autismusspektrum, 8% wegen Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom, Legasthenie oder sonstiger Teilleistungsschwächen.

Fast 40% der Diagnosen können also unter dem Begriff „Neurodiversität“ subsumiert werden. Nach dieser Modellvorstellung gelten die Schwierigkeiten, die aufgrund der Diversität im Studium auftreten, nicht als persönliche Defizite, sondern als Diskriminierung. Die Akzeptanz neuer Sichtweisen, Lebens- und Verhaltensformen ist die Grundlage für einen Mentalitätswandel, nach dem sich nicht

der/die Student*in an den bestehenden Rahmen anpassen muss, sondern gemeinsam geeignete Studienbedingungen geschaffen werden. Während früher sofort die Frage gestellt wurde, ob sich z.:B. Legasthenie oder Asperger-Syndrom generell mit einem Studium vereinbaren lassen und ob ein*e Student*in mit psychischen Erkrankungen überhaupt studierfähig sei, muss nun gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht und dafür gesorgt werden, dass Studien- und Prüfungsleistungen erbracht und gerecht beurteilt werden können. Vor allem sollen die Studierenden ihre Potentiale und besonderen Fähigkeiten entwickeln und zeigen können.

Nachteilsausgleiche

Die Universität als System ist von Wettbewerb und Auslese geprägt. Chronisch kranke und behinderte Studierende absolvieren ihr Studium unter deutlich erschwerten Bedingungen. Aus diesem Grund sind Nachteilsausgleiche erforderlich. Das bedeutet, dass auf Antrag geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um Studierenden bei der Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen möglichst die gleichen Chancen zu ermöglichen, wie einem gesunden Menschen. Das Nachteilsausgleiche gewährt werden müssen, ist gesetzlich verankert und in allen Prüfungsordnungen festgeschrieben. Es gibt aber kein Recht auf Art und Umfang der Maßnahmen. Bei psychischen Erkrankungen und damit verbundener Medikation häufig auftretende Symptome wie Einschränkungen der Konzentrations- und Merkfähigkeit und des Antriebs gelten als nicht ausgleichsfähig. Der Nachteilsausgleich wird somit nach Antrag mit ärztlichem Attest individuell und im Ermessen der jeweiligen Prüfungskommission festgelegt. Beispiele sind eine Verlängerung der Schreibzeit, zusätzliche Pausen oder das Schreiben von Klausuren am PC.

Für Studierende aus dem Ausland ist der Service in Form von Beratung, Assistenz und Nachteilsausgleich oft eine Selbstverständlichkeit.

Fazit

Einerseits sind gesellschaftlich und innerhalb der Universität eine höhere Akzeptanz und bessere Teilhabemöglichkeiten zu verzeichnen, auf der anderen Seite müssen seit den Bologna Reformen mehr standardisierte und kleinteilige Leistungsnachweise in zeitlich engerer Abfolge erbracht werden. Durch diese Veränderungen sind neue Barrieren entstanden. Sie betreffen besonders Menschen, die aufgrund von Behinderung oder chronischer Krankheit leistungseingeschränkt oder durch Stigmatisierungs- und Misserfahrfahrungen belastet sind. Es fehlt vor allem an Zeit, damit Studierende ihr individuelles Tempo und ihre persönlichen Belastungsgrenzen berücksichtigen können. Viele Studierende bräuchten nach Krankheitsphasen z.B. einen stufenweisen Einstieg, wie in der Arbeitswelt längst üblich, entzernte Prüfungstermine, flexible Anwesenheitsregelungen oder ein angepasstes Teilzeitstudium. Das ist längst noch nicht überall möglich oder wird zu wenig genutzt.

„Die Universität ist ein hochgradig kompetitives und damit auch selektive Positionierungen begründendes System dass selbst, wenn alle materiellen und administrativen Barrieren beseitigt wären, eine besondere Herausforderung für Menschen mit behinderungs- oder krankheitsbedingten Studiererschwernissen darstellt, die mit dem Tempo und dem Zeitrhythmus des Leistungswettlaufs oder des Wettlaufs mit der impliziten Norm von Regelstudienzeit und Normbiografie nicht mithalten können (ob man es denn will ist ja eine ganz andere Frage)!“

KOMMENTAR

Dagegen bis zur Demokratie

Von Matthias Hauer

Oft ist zu hören, dass Bildung der Schlüssel für eine funktionierende Demokratie sei und anti-demokratische Tendenzen durch mangelnde Bildung entstehen. Deshalb sollte naheliegender sein, dass Hochschulen mit gutem Beispiel voran gehen und demokratische Paradebeispiele sind. Umso verwunderlicher ist es, dass gerade das Rektorat und der Senat Negativbeispiele für demokratische Strukturen sind. Dieser Artikel soll einmal mehr darauf aufmerksam machen, dass die Struktur der Universität dringend Veränderung braucht, schlussendlich die Abschaffung des Rektorats in seiner jetzigen Form. Denn es kann nicht sein, dass wenn Studierende gehört werden wollen die Besetzung des Audimax der einzige Weg scheint, und sich das Rektorat selbst dann zu keinerlei öffentlicher Äußerung bemüht sieht. Deshalb möchte ich hier auf bisherige Fehler des universitären Systems aufmerksam machen und dann mögliche Wege zeigen, diese zu verändern.

Beginnen möchte ich bei dem Gremium, welches wichtige Entscheidungen der Universität trifft, von dem aber die wenigsten Wissen, was dort eigentlich beschlossen wurde und wird: Der Senat. Bereits seit Jahren üben Studierende am Aufbau des Senats - leider ungehört - Kritik. Bisher ohne Erfolg. Demokratisch wäre, wenn die Statusgruppen Professor*innen, wissenschaftliche Mitarbeitende, Studierende und Angestellte (Administration und

Technik) alle, sowohl im Senat, als auch im Rektorat gleichermaßen vertreten wären, um wirklich alle Gruppen an den Entscheidungen zu beteiligen. Die Sitzungen müssten soweit wie möglich öffentlich sein (mit Ausnahme von diversen Sonderfällen wie Personalentscheidungen). Die Entscheidungen des Senats müssten für das Rektorat bindend sein. Das würde eine Mitbestimmung aller innerhalb der Universität ermöglichen. In der Praxis sieht das leider anders aus. Das zeigt einmal mehr der Senatsbeschluss gegen Studiengebühren, der von den jetzigen Entscheidungsträger*innen vollständig ignoriert wird, auch wenn die studentischen Senator*innen darauf hinweisen.

Und hier tut sich meiner Meinung nach das eigentliche Problem auf: Das Rektorat ist der Meinung, dass Studierenden an der Universität studieren, aber nicht Teil von dieser sind. Wie sonst kann es sein, dass Studierende bei wichtigen Entscheidungen immer wieder übergangen werden und so gut wie nie zu Wort kommen bzw. gehört werden. Die Teilnahme an der Exzellenzstrategie und die Einführung von Studiengebühren für internationale Studierende und für das Zweitstudium sind nur die letzten beiden Höhepunkte dieser Ignoranz. Um das klarzustellen: Mir ist bewusst, dass das Rektorat sicher nicht alleine darüber entscheidet, ob diese Studiengebühren eingeführt werden. Trotzdem kann das Rektorat sich öffentlich äußern und so we-

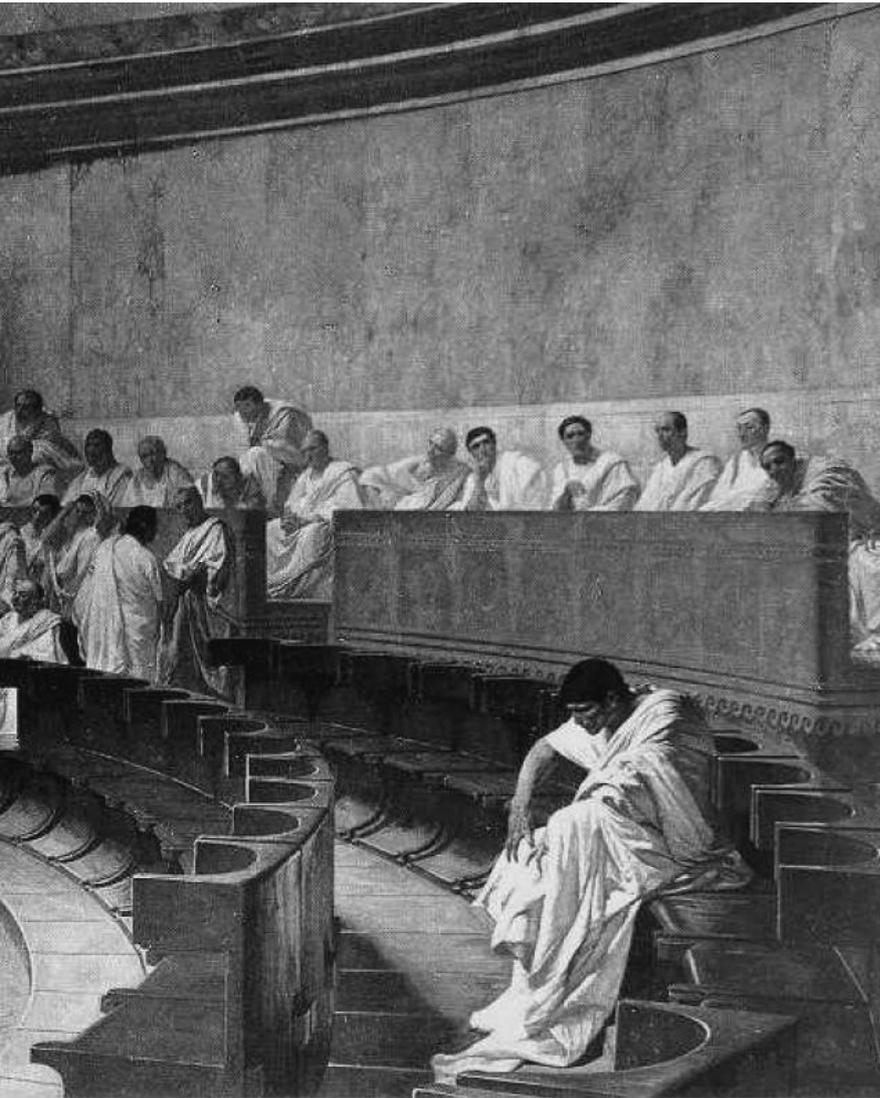
nigstens versuchen diese Studiengebühren zu verhindern. Nun ist es natürlich möglich, dass der Senat auch in einer gerecht besetzten Runde sich für diese Studiengebühren positionieren würde, trotzdem wäre dann ein demokratischer Prozess abgelaufen, der für alle nachvollziehbar (durch Protokolle) offen wäre. Es wäre klar, wer dafür und wer dagegen war, welche Argumente gab es. Mit dem momentanem System ist all dies für Nicht-Senatsmitglieder nicht möglich. Es wird nur die hegemoniale Meinung (in den meisten Fällen wohl die der Professor*innen, da diese die Mehrheit im Senat haben) abgebildet. Diese Intransparenz macht alle anderen Meinungen unsichtbar, wenn sie nicht außerhalb des Senats lautstark geäußert werden, zum Beispiel in der Besetzung des Audimax. Dann werden direkt Hausverbote erteilt und das Rektorat zeigt sich einmal mehr unwillig irgendwelche Kritiken aufzunehmen. Und hier zeigt sich das Problem: Das Rektorat ist für die Studiengebühren und weil es keinerlei imperatives Mandat gibt, durch das sich irgendwelche zwingenden Positionen finden lassen können ist egal was die Studierenden davon halten. Und so bleibt die durch das Rektorat vertretene Meinung eine (mehr oder weniger) zufällige Meinung aus den Reihen der Professor*innen. Einen Dialog braucht es hier aus Sicht des Rektorats nicht.

Die umgekehrte Situation haben wir bei der Exzellenzstrategie. Hier haben die Studierenden die Möglichkeit die Ausgangssituation der Universität im Wettbewerb zu schwächen. Und plötzlich sollen Diskussionsveranstaltungen stattfinden.



Der römische Senat war fast so ehrwürdig wie

Ein Dialog! Natürlich unter den Bedingungen, dass die Universität unabhängig vom Dialog auf jeden Fall teilnehmen wird und ihre Position nicht verändern wird – wie sonst sollte ein Dialog auch aussehen? Hier soll es also einen Schein-Dialog geben, der nichts am Ergebnis ändern wird, aber das Rektorat gut dastehen lässt, weil es ja ach so gutherzig sogar mit den Studierenden geredet hat, die ja leider eine so kindliche Position vertreten und einfach nicht verstehen wollen, dass Wettbewerb für Universitäten doch super ist. Aber das werden die auch noch verstehen, wenn sie endlich aus ihrer rebellischen anti-kapitalistischen Phase heraus gewachsen sind



der unserer Alma Mater. Bildquelle: Gemeinfrei.

und im Ernst des Lebens bestehen müssen. Zusammengefasst also: Das Rektorat findet die Meinung der Studierenden unwichtig, außer die Studierenden können irgendwo zufällig etwas Einfluss ausüben und sind dummerweise gegen das Rektorat. Dann findet das Rektorat die Meinung der Studierenden immer noch unwichtig (und zudem schlecht), aber tut so als ob sie nicht ganz so unwichtig ist, wie es eigentlich denkt, dass sie ist. Wie soll dieser Zustand aber jetzt veränderbar sein? Sind wir nicht machtlos den Zustand zu ändern? Die Struktur der Universität scheint gegen Studierende zu arbeiten. Wichtig ist meiner Meinung nach zu zeigen, dass wir nicht be-

reit sind uns alle Bedingungen diktieren zu lassen. Wir haben unsere eigenen Meinungen und Wünsche. Eine Struktur zu schaffen, die alle Mitglieder der Universität hört ist nur einer davon. Um diese zu schaffen muss dem Rektorat erst einmal klar werden, dass die Studierenden eben nicht so machtlos sind, wie sie zuerst scheinen. Die Exzellenzstrategie (und der Protest gegen die Studiengebühren) könnte ein Anfang sein. Hier gilt es zu zeigen, dass die Studierenden nicht nur dagegen sind, sondern es auch schaffen die Universität scheitern zu lassen. So würde die Studierendenschaft nicht nur ihre Ablehnung der Exzellenzstrategie an sich zeigen, sondern auch klar machen, dass sie es nicht länger hinnimmt in veralteten feudalen Universitätsstrukturen ihrer Stimme entraubt zu werden.

Dabei muss vom Rektorat und vom Senat verlangt werden können, dass diese sich aktiv für die Veränderung dieser Strukturen einsetzen und diese soweit wie möglich heute schon

ändert. Erst dann kann die Universität sich als Bildungsinstanz begreifen, die Demokratie wirklich lebt und aktiv zu schaffen versucht. Dieser Artikel soll als Aufruf verstanden werden die Exzellenzstrategie für die Uni Freiburg zu untergraben überall, wo es uns möglich ist. Vielleicht gibt es dann bald einen wirklichen Dialog zwischen allen Statusgruppen der Universität.

KOMMENTAR

Das Problem heißt Patriarchat

Einige Gedanken zum Fall Maria L. und des rechtspopulistischen Interesses für die Rechte der Frau

Anarchistische Gruppe Freiburg

Mitte Oktober wurde die junge Freiburger Studentin Maria L. auf dem Heimweg von einer Party der Fachschaft Medizin vergewaltigt und ermordet. Viele Frauen in und um Freiburg haben seitdem größere Angst, insbesondere nach Einbruch der Dunkelheit alleine unterwegs zu sein. In der linken und feministischen Szene wurde nach den beiden Morden darüber diskutiert eine politische Aktion mit Bezug auf die beiden toten Frauen zu organisieren – jedoch entschied man sich aus Rücksicht auf die Wünsche der Familien der Ermordeten dagegen. Stattdessen fand am 25. November im Rahmen des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eine von Frauen organisierte Demonstration statt, um ein allgemeines Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Schnell wurden jedoch auch lokale Rechtspopulisten auf das Thema aufmerksam. Am 4. November organisierte ein AfD-Sympathisant aus Freiburg eine „Lichterkette mit Trauerzug“, um an Maria L. „zu gedenken“. Die Aktion war nicht mit der betroffenen Familie abgesprochen. Zu dem Aufzug erschienen ca. dreißig Personen, darunter aber noch keine bekannten AktivistInnen der AfD. Diese wiederum bemühten sich derweil, das Thema „sexuelle Belästigung deutscher Frauen durch Asylbewerber“ online weiter aufzubauen.

Am 3. Dezember präsentierte die Freiburger Polizei dann den mutmaßlichen Täter im Fall Maria L.: einen jungen Flüchtling aus Afghanistan. Seitdem bekommt der „Fall Freiburg“ bundesweite Medienöffentlichkeit und in den sozialen Medien überschlagen sich die Hass-Kommentare. Antirassistischen Initiativen wird, meist anonym, vorgeworfen, für den Mord verantwortlich zu sein – schließlich sei es die „Willkommenskultur“, die den Täter ins Land gelassen habe und erst antirassistische Aktivist_innen hätten die Studentin dazu geführt, ebenfalls flüchtlingsunterstützend tätig zu sein.

Der Freiburger Ortsverband der AfD reagierte erwartungsgemäß prompt. In einer Pressemitteilung bezeichnet er Maria L. als „weiteres Opfer der Willkommenskultur“, fragte rhetorisch „wo die ganzen Linken jetzt seien“ und setzte für den 4. Dezember eine Spontankundgebung „gegen die Merkelsche Politik“ an. Den zwanzig RechtspopulistInnen standen 300 Gegendemonstrant_innen gegenüber. Diese konnten die Instrumentalisierung des Mordes weitgehend unterbinden – die AfD-AnhängerInnen wurden schließlich umringt von Antifaschist_innen und unter Polizeischutz zum nächsten Polizeirevier eskortiert. Gefährlicher als dieser recht lächerliche Auftritt auf der Straße ist jedoch die zunehmende Verbreitung der Argumente der RechtspopulistInnen in den sozialen Netz-

werken – auch weit über ihr eigenes Wählerklientel hinaus. Denn dort wird eine rassistische Stimmung angefeuert, die sich potentiell in Gewalttaten gegenüber Nicht-Deutschen, Feminist_innen, Linken und anderen AfD Gegner_innen entladen könnte.

Die Argumente der RechtspopulistInnen sind dabei so simpel gestrickt wie altbekannt. Ein überproportional hoher Anteil der in Deutschland ankommenden Flüchtlingen mache die Gruppe der jungen, alleinstehenden Männer aus. Die große Mehrheit dieser jungen Männer komme aus islamischen Staaten, besäßen demnach eine andere – sich von der deutschen fundamental unterscheidende – Kultur, die sich durch Frauenverachtung, religiöse und kulturelle Intoleranz und archaische, gewalttätige Umgangsformen auszeichnen würde. Dementsprechend seien sie nicht in der Lage, sich in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren und würden zu einem hohen Prozentsatz straffällig. Ihre Einreise sei nach Möglichkeiten zu verhindern und die schon hier Lebenden müssten schnellstmöglich des Landes verwiesen werden. Der Freiburger Mordfall passt scheinbar perfekt in dieses Schema. Der mutmaßliche Täter ist ein junger Flüchtling aus Afghanistan – einem Land, von dem die meisten Deutschen nur wissen, dass es dort radikale Islamisten gibt und dass die Bundeswehr dort „ihre“ Freiheit durch Brunnenbau verteidigt. Er entstammt also einer Gesellschaft, die stark durch den politischen Islam geprägt ist und in der die Missachtung von Frauenrechten trauriger Alltag ist. Das reicht als Argument zumeist schon: Wir konntet ihr Linken nur solche Leute ins Land lassen? Neben einer Schließung der Grenze und verschärften Abschiebepolitik wird von rechts nun auch gefordert, die rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich DNA-Entnahme und -Auswertung zu lockern und die Polizeikräfte aufzustocken. Letzterem stimmen auch weite Teile der liberalen Öffentlichkeit zu. In

der öffentlichen Debatte werden die RechtspopulistInnen gekontert durch sich ähnelnde Statements etwa von Freiburgs grünem Oberbürgermeister Salomon, Angela Merkel und auch der Redaktion der örtlichen Badischen Zeitung. Sie betonen die rechtliche Kategorie der individuellen Schuld und warnen vor unzulässigen Verallgemeinerungen auf alle Geflüchteten. Sie stützen sich bei dieser sicherlich richtigen Aussage auf die Kriminalstatistiken, die regelmäßig bestätigen, dass es unter Geflüchte-

"Das Patriarchat ist eine globale Struktur: In allen Weltgegenden werden Frauen durch Männer unterdrückt und ausgebeutet."

ten im Vergleich zu den Einheimischen keine überproportional hohe Rate an Gewaltverbrechen gibt.

Doch während die Rechtspopulisten den Fall für Hetze gegen Geflüchtete in Stellung bringen bleibt auch die liberale Argumentation unzureichend. Zwar stimmt es, dass jede schwere Gewalttat gegen die sexuelle Selbstbestimmung ein Einzelfall ist. Doch die Täter bewegen sich nicht außerhalb der Gesellschaft, sie sind vielmehr deren Produkte. Die unzähligen Einzelfälle von Gewalt gegen Frauen sind über eine gesellschaftliche Struktur miteinander verbunden, die immer wieder männliche Subjekte hervorbringt, die in steter Regelmäßigkeit Gewalt gegen Frauen ausüben. Diese Struktur ist das Patriarchat, die strukturelle Herrschaft von Männern über Frauen.

Das Patriarchat ist eine globale Struktur: In allen Weltgegenden werden Frauen durch Männer unterdrückt und ausgebeutet. Was sich von Region zu Region unterscheidet ist der Grad und die Form die-

ser Unterdrückung. In diesem Sinne haben die RechtspopulistInnen auch recht, wenn sie sagen, dass in muslimisch, genauer gesagt durch den politischen Islam geprägten Gesellschaften wie Afghanistan, Frauenunterdrückung weiter verbreitet ist als in bürgerlich-demokratischen Gesellschaften wie Deutschland.

Aber auch in Deutschland bekommen Frauen weniger Lohn für die gleiche Arbeit, arbeiten häufiger im Niedriglohnsektor, werden Opfer von sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt. Es wird Frauen allzu oft nahegelegt, sie seien das „schwächere“ Geschlecht und immer noch werden ihnen meist Zuständigkeiten wie Kochen, Putzen und Kindererziehung zugeschoben. Es folgt hieraus keine Kausalkette zu Vergewaltigung und Mord, männliche Machtphantasien finden hier aber ihre alltägliche Bestätigung. Die meisten Vergewaltigungen in Deutschland werden nicht durch Fremde, sondern durch nahe Bekannte, (Ex-)Partner oder Familienangehörige begangen. Und immer noch wird den betroffenen Frauen häufig genug – wenn sie es wagen, zu berichten, was ihnen angetan wurde – eine (Mit-)Schuld an der Tat zugeschoben. Dies festzustellen ist keine Relativierung des Schreckens, den viele Frauen in islamischen Ländern Tag für Tag durchleben müssen, es verdeutlicht aber die globale Dimension des Herrschaftsverhältnisses Patriarchat.

Die „Lösungen“, die von den Rechtspopulisten der AfD angeboten werden, machen deutlich, dass es ihnen in keiner Weise um die Bekämpfung der Ursache der Gewalt gegen Frauen geht, sondern sie gänzlich andere Motive antreiben: Nationalismus und Rassismus. Denn worauf laufen die „Lösungen“ der AfD hinaus? Durch die Schließung der Grenzen, die Abschiebung der nach Deutschland Geflüchteten und die Verschärfung des Asylrechts werden keine Gewalttaten gegen Frauen verhindert, allenfalls verschiebt sich der Ort des Ver-

brechens. Menschen, die vor Armut, Perspektivlosigkeit, Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen, den Zutritt gewaltsam zu verwehren ist vielmehr ein Programm der organisierten Unmenschlichkeit. Es gibt keinen vernünftigen Grund – solange man die Vernunft nicht einzig instrumentell versteht – die Zufälligkeit des Geburtsortes zum Kriterium zu erheben, ob jemand in einem Land leben darf oder nicht. Das unverdiente Privileg, über den Aufenthalt

"Hier findet keine Solidarisierung mit Frauen statt, sondern deren erneute Objektifizierung."

eines anderen Menschen entscheiden zu können, ist Resultat einer Geschichte der Gewalt, bei der man das schlichte Glück hatte, zufällig zum Bürger eines Staates gemacht zu werden, der in einer relativ frühen Phase erfolgreich in den kapitalistischen Weltmarkt eingetreten ist.

Die plötzliche Entdeckung und Verteidigung von Frauenrechten durch die AfD ist keine fortschrittliche Entwicklung der rechtspopulistischen Partei, sondern die medienwirksame Darstellung des nationalchauvinistischen Reflexes, das „kollektive Heimatfleisch vor fremder Entwertung“ schützen zu wollen (wie es Richard Schubert in konkret 2/2016 treffend ausdrückte). Hier findet

keine Solidarisierung mit Frauen statt, sondern deren erneute Objektifizierung. Keiner Rede wert sind der AfD tatsächliche



Frauenunterdrückung in den Herkunftsländern der Geflüchteten oder die Gewalt, der geflüchtete Frauen durch Partner, Familie, Sicherheits- oder Grenzpersonal auf der Flucht und im Ankunftsland ausgeliefert sind – genauso wenig wie der Großteil sexualisierter Gewalt, die hierzulande stattfindet. Ein tatsächlicher Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen müsste genau diese Bereiche betreffen und die Betroffenen unterstützen und einbeziehen.

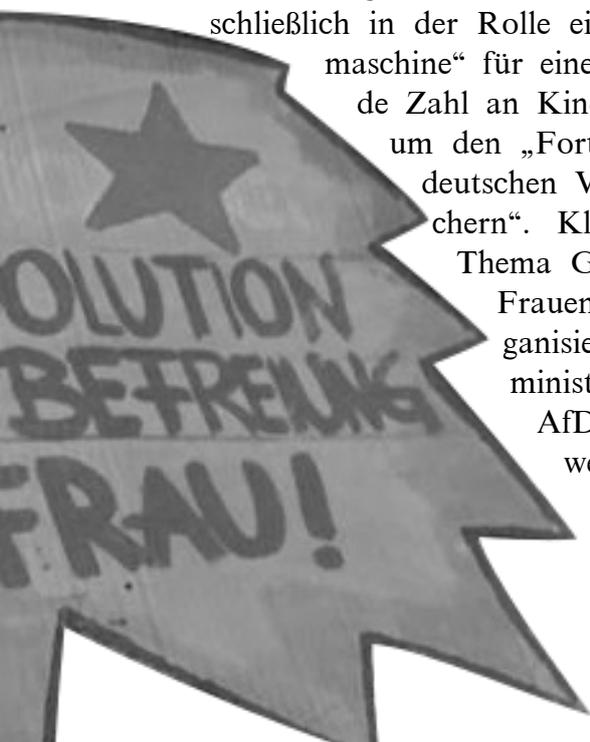
Erwartungsgemäß hat die AfD davon nichts zu bieten. Im Gegenteil betont sie in ihrem baden-württembergischen Wahlprogramm die Rolle der Klein-Familie, allein gedacht in der Konstellation Mann-Frau-Kinder, als „Keimzelle und Fundament der (deutschen) Gesellschaft“. Sie bewirbt aktiv die „Mutter-Vater-Kind“-Beziehung, will lebenslange Ehen fördern, die häusliche Erziehung und die Rolle der Mutter stärken. Die RechtspopulistInnen positionieren sich dabei klar gegen Frauenrechte: Sie sind gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und stehen Abtreibungen ablehnend gegenüber. Die Frau soll in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau aufgehen. Gelder und Lehrstühle an Universitäten für Frauen- und Geschlechterforschung sollen gestrichen, Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte abgeschafft werden. In den eugenischen Träumen der völkischen Flügel der AfD sollen Frauen schließlich in der Rolle einer „Gebär-

maschine“ für eine ausreichende Zahl an Kindern sorgen, um den „Fortbestand des deutschen Volkes zu sichern“. Klar ist: Das Thema Gewalt gegen Frauen ist den organisierten AntifeministInnen der AfD keine Silbe wert, solange die Täter keine

Flüchtlinge sind.

Das Auftreten von sexualisierter Gewalt einer „anderen Kultur“ anzulasten ist ein rassistisch-essentialisierendes Argument – das zudem noch vom eigenen Sexismus ablenken soll. Geflüchtete Männer aus islamischen Gesellschaften sind ihrer kulturellen Prägung nicht willenlos ausgeliefert. Sie sind – ebenso wie Männer hierzulande – denkende Subjekte, die ihre Verstrickung in Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse reflektieren und verändern können. Dazu braucht es eine feministische Kritik an diesen patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnissen, eine kritische Reflexion von Männlichkeit, eine emanzipatorische Bewegung, die auch in unzugängliche Strukturen intervenieren will. Das wird nicht ohne Widerspruch möglich sein – daher braucht es dabei auch einen militanten feministischen Selbstschutz von Frauen für Frauen. Damit können zwar weder ein subjektives Sicherheitsgefühl wiederhergestellt noch Übergriffe oder gar Morde einfach verhindert werden. Feministische Intervention ist jedoch die einzige Form, der von patriarchalen Machtverhältnissen beförderten Gewalt gegen Frauen praktisch etwas entgegenzusetzen.

Gewalt gegen Frauen entsteht nicht aus dem Nichts, sondern ist Produkt einer strukturell frauenfeindlichen Gesellschaft – ob hier in Deutschland oder in den sogenannten „Herkunftsländern“. Wer sie bekämpfen will muss frauenfeindlichen Ideologien jeder Couleur eine deutliche und praktische Absage erteilen: Sowohl dem politischen Islam wie auch den neurechten PopulistInnen der AfD. Wenn irgendwelche Schlüsse aus dem „Fall Freiburg“ zu ziehen sind, so ist es der, dass der Kampf für die (Selbst-)Befreiung der Frau transnational geführt werden muss, eben weil das Patriarchat ein globales Herrschaftsverhältnis ist.



KOMMENTAR

Es ist zu erwarten, dass die Debatte um "Fake News" den Jahresbeginn 2017 begleitet. Auf den ersten Blick mag die Sachlage unkompliziert sein: Da gefälschte Informationen die Öffentlichkeit in ihrer Meinung, oder sogar demokratische Prozesse beeinflussen können, müssen sie verboten werden. Das Ausmaß, das zum Beispiel die Verbreitung von Falschmeldungen über Asylsuchende annimmt, lässt sich an der Nachrichtensammlung des Projekts hoaxmap.org erkennen, das unrichtige Informationen zu Ereignissen in Deutschland auf einer Onlinelandkarte sammelt. Wäre ein Verbot solcher Nachrichten also eine Lösung?

Fake oder Fakt?

Ein Beitrag zur laufenden Fake News Debatte

Von Emanuel Löffler

Jahresbeginn 2017 begleitet. Auf den ersten Blick mag die

Sachlage unkompliziert sein: Da gefälschte Informationen die Öffentlichkeit in ihrer Meinung, oder sogar demokratische Prozesse beeinflussen können, müssen sie verboten werden. Das Ausmaß, das zum Beispiel die Verbreitung von Falschmeldungen über Asylsuchende annimmt, lässt sich an der Nachrichtensammlung des Projekts hoaxmap.org erkennen, das unrichtige Informationen zu Ereignissen in Deutschland auf einer Onlinelandkarte sammelt. Wäre ein Verbot solcher Nachrichten also eine Lösung?

So einfach ist es leider nicht, denn Nachrichten sind nicht immer einfach wahr oder falsch und sie lassen sich nicht immer überprüfen. Die Aussage, in der Silvesternacht seien dreizehn Autos aus Herdern gestohlen worden, aber die Besitzer*innen hätten das aus Misstrauen gegenüber der Polizei nicht angezeigt, lässt sich nicht widerlegen. So unwahrscheinlich sie auch erscheinen mag. Genauso lässt sich eine Nachricht oft nicht hundertprozentig belegen, denn die Glaubwürdigkeit von Nachrichten beruht zumeist auf Augenzeug*innenberichten durch Anwesende oder Journalist*innen.

Auch Zuspitzungen, Satire und Auslassungen gehören zur Gruppe der Nachrichtenformen, die sich nicht eindeutig als wahr oder falsch einstufen lassen, die aber auch einen produktiven Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung leisten können. Es ließe sich einwenden, dass nur eine objektive Berichterstattung wirklich demokratisch sei. Aber wie soll die aussehen, wenn schon allein der Ort, von dem aus sie geschieht, die Wahrnehmung prägt. Wer sich als Journalist*in im Demonstrationsskessel befindet, kann kaum

wissen, wie die Demonstration nach außen wirkt. Und Außenstehende wissen wenig über die Innen stattfindenden Prozesse, die zum Bei-

spiel Ursachen für Ausschreitungen werden können. Und wer im Büro versucht, alle Perspektiven zusammen zu bringen, wird letztlich daran scheitern, dass sich nicht alles in einem Artikel unterbringen lässt, sondern immer nur ein Teil. Dann doch lieber der, den man persönlich für wichtig und richtig hält.

Es gilt, aufmerksam zu sein, sollte der Bundestag oder andere Gremien Entscheidungen zu diesem Thema treffen. Ein pauschales Verbot von sogenannten Falschmeldungen, wie auch immer sie definiert sein mögen, kann keine Lösung sein. Auch ein staatliches Kompetenzzentrum wäre keine Lösung, denn auch dort werden spezifische Interessen vertreten. Berichterstattung kann bereits eingeschränkt werden, wenn sie gegen bestimmte Richtlinien wie das Persönlichkeitsrecht verstößt oder beispielsweise als Volksverhetzung einzustufen ist, und der Pressekodex gibt Richtlinien vor, die es zu verteidigen gilt. Diese bestehenden Lösungen gilt es angesichts neuer Medienkanäle wie Facebook vielleicht zu überdenken. Denn die schiefe Menge an Meldungen lässt die Welt der alten Printmedien geradezu als übersichtlich erscheinen. Man muss jedoch darauf achten, dass freie Berichterstattung möglich bleibt und nicht eine Zentralinstanz zur Entscheiderin über wahr oder falsch wird. Statt eine Medienpolizei zu gründen, wäre es daher wichtig, Medienkompetenzen zu vermitteln. Dazu gehört die Fähigkeit, sich aus verschiedenen Quellen zu informieren und auch das Wissen darüber, dass Berichterstattung auch immer einen politischen Standpunkt vertritt. Und auch, dass es eigentlich unmöglich ist die volle Wahrheit zu erzählen.

Pressemitteilung vom 22.12.2016

Beunruhigendes Urteil zugunsten der Rechten

Radio Dreyeckland

Im Berufungsverfahren Oliver Kloth (AfD) gegen Radio Dreyeckland hat das Oberlandesgericht Karlsruhe (Zivilsenat Freiburg) heute sein Urteil gefällt.

Das OLG bestätigte insoweit das Urteil der ersten Instanz, wonach RDL den Rechtsanwalt Kloth als 'rassistischen Anwaltsredner' bezeichnen darf. Damit darf ein Rassist weiter als Rassist bezeichnet werden. Das ist die gute Nachricht. Diese wird jedoch getrübt. Denn das OLG hat im übrigen ein für die Medienlandschaft sehr beunruhigendes Urteil gefällt. So werden zentrale Passagen des RDL-Beitrages vom OLG nicht als Meinungsäußerungen, sondern als unwahre Tatsachenbehauptungen eingestuft, weil angeblich nicht dem Beweis zugänglich.

In diesen Passagen werden von RDL Äußerungen Kloths über Flüchtlinge zusammengefasst, die er auf einer Infoveranstaltung der Stadt Freiburg im Sommer gemacht hatte. Nach Ansicht von RDL-Geschäftsführer Menzel ist der strittige Artikel auf der RDL-Homepage erkennbar ein Meinungsartikel, der sich auf die Tatsache bezieht, dass Herr Kloth diese rassistische Rede als sogenannter 'besorgter Anwalt' gehalten hat. Die Rede ist im übrigen neben dem Meinungsartikel im Original zu hören. Die Bewertungen des Meinungsartikels (dass das Anwaltsverhältnis verletzt worden sei, dass es sich – jetzt wieder zusammengefasst - bei den Flüchtlingen um größtenteils Kriminelle handele) entfernen sich nicht vom Tatsachenkern der hetzerischen Rede des Herrn Kloth.

Herr Kloth zog es vor, auf der Veranstaltung der Stadt Freiburg als Nichteinwohner und Nichtbetroffener seine AfD-Mitgliedschaft zu verschweigen. Dabei war er nachweislich vom AfD-Kreisverband Freiburg zu dieser Rede eingeladen worden, wohl wohl

wegen eines vergleichbaren Auftritts in Emmendingen. Kloth brüstet sich in seinem AfD-Bewerbungsschreiben zum Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 sogar damit, dass sein Auftritt zur vollen Zufriedenheit des anfordernden Kreisverbands ausgefallen sei.

RDL musste nun diese Bewertungen der Rede als falsche oder unwahre Tatsachenbehauptung von der Website entfernen. Die Brandrede des rassistischen Anwaltsredners ist dort weiterhin im Original nachzulesen und als Audiodokument anzuhören.

RDL-Anwalt Dr. Udo Kauß meint:

„Wenn dieses Urteil Schule macht, dann ist es um einen freien Journalismus im Lande geschehen.“

Gerade rechten Rednern, die in geschickter Weise eine Rhetorik der Andeutungen pflegen, um gerade so gezielt Ängste zu schüren, spielt dieses Urteil in die Hände. Eine schlussfolgernde Berichterstattung, sei es als stellungbeziehender Bericht oder in anderen journalistischen Formen, die solche rhetorischen Tricks entlarvt, ist nach dem OLG-Urteil nun dem Risiko ausgesetzt, als eine nicht einem Beweis zugängliche Tatsachenbehauptung bewertet zu werden, und damit als Falschbehauptung verboten werden zu können.

Eine genauere Analyse des Urteils kann erst nach Vorlage der schriftlichen Begründung erfolgen, die in den nächsten Tagen vorliegen wird.

RDL wurde von seinem Anwalt Dr. Kauß empfohlen, Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des OLG (und des LG) zu erheben, denn, so RA Dr. Kauß:

"So ein Urteil darf um der Meinungsfreiheit willen und der Pressefreiheit keinen Bestand haben."

KOMMENTAR

Bändern statt verändern?

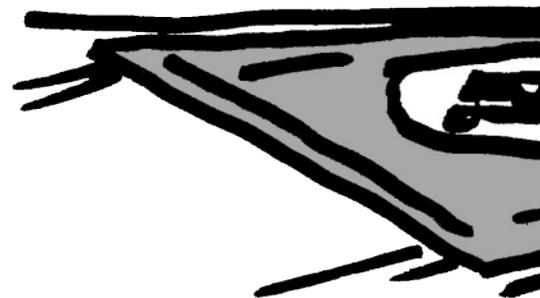
In der Debatte um das Für und Wider der "Bänderns" wird oft übersehen, dass nicht jede*r sich aussuchen kann, woher das Essen kommen soll.

Von Emanuel Löffler

Das Thema Bändern könnte das Jahr 2016 nicht überlebt haben und doch nehme ich es zum neuen Jahr noch einmal vom Tablett, denn den Sellerie der Elendskritik hat jemand übrig gelassen. Freiburg ist wohl die einzige Stadt, in der sich für das Resteessen von Mensatabletts ein trendiger Name entwickelt hat, der wohl in Anlehnung an das sogenannte Containern oder Dumpstern entstanden ist, also die Entnahme von Lebensmittelresten aus Supermarktmülltonnen.

Die Motivation zur Abfallverkostung ist vielseitig. Von den Bänderer*innen, die letztes Jahr auf etwa 50 Studierende geschätzt wurden, scheint auf den ersten Blick niemand an Hunger oder Armut zu leiden, auch wenn das natürlich nicht immer sichtbar ist. Öffentlich meldeten sich in Medien wie dem Spiegel und heute+ jedenfalls nur solche, die dem ganzen einen höheren Wert beimessen. Einerseits stellen sie die Vermeidung von Nahrungsmittelabfällen in den Vordergrund: 41.000 tonnen an Lebensmitteln werden laut heute+ jährlich der Abfallverwertung zugeführt. Durch die Verpeisung der 168 kg an Mensaessen möchten sie diesem Trend etwas entgegensetzen. Außerdem wird betont, dass man so von jedem Essen etwas haben könne und das miteinander Teilen sei ja auch eine schöne Sache. Und wenn man einmal ausrechnet, dass bei einem Essenspreis von 2,80 über 50 Euro gespart werden können, dann ist das doch auch ganz nett. Ganz zu Schweigen, was man einspart, wenn man Frühstück und Abendessen auch aus kostenfreien Quellen bezieht.

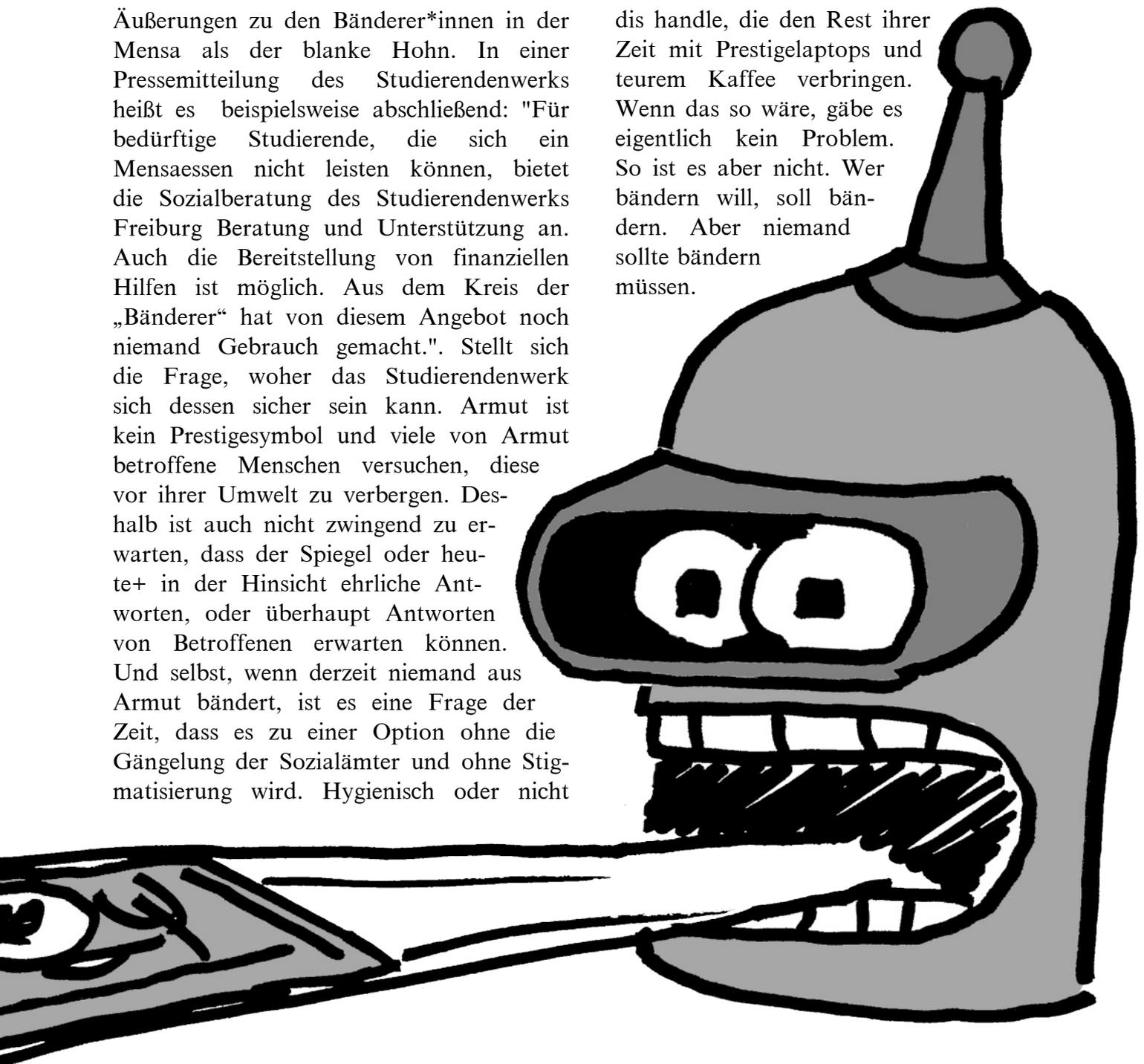
Aber da fängt auch schon das versteckte Elend an, das im Resteessen schlummert. Die Diskussion ums Bändern drehte sich zumeist um Hygienefragen (ist gebändertes Essen eine Gesundheitsgefahr?) und darum, ob der Grad an Müllvermeidung tatsächlich von Bedeutung sei. Man sollte sich aber noch einmal die Frage stellen, welcher Utopie man hier folgt. In der Diskussion ums Bändern kamen verschiedene Vorschläge auf, in der das Studierendenwerk versuchte, sich einer rechtlichen Haftbarkeit zu entziehen, sollte jemand von gebändertem Essen krank werden. Dazu wurden die Bänder künstlich verkürzt (damit das Tablett schnell weg ist) und die Bänderer*innen aufgefordert, andere Gäste doch direkt zu fragen. Denn so sei die Mensa nicht mehr verantwortlich. Beim Containern ist man da schon weiter: Foodsharing-Regale und Kühlschränke sind mittlerweile nicht nur in Freiburg Anlaufpunkte für Containertes und anderswo übriggebliebenes Essen, das auch Tafeln nicht mehr ausgeben dürfen, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) überschritten ist. Das ist auch oft kein Problem, denn unter Schutzatmosphäre abgepacktes Essen hält sich oft viel länger, sieht nach Ablauf des MHD nur nicht mehr so schön aus. Im Foodsharing-Container finden sich zuweilen aber auch abgelaufene Thunfischwraps, Salate mit Hähnchenstreifen oder Aufschnitt. Diese Produkte verfügen über ein



Verfalls- statt einem Mindesthaltbarkeitsdatum, denn sie können schnell Salmonellen oder andere gesundheitsgefährdende Stoffe entwickeln. Wer das nicht essen muss und sich gut genug auskennt, kann diese Produkte dann natürlich vermeiden. Aber wer tatsächlich Hunger hat, wer sich nicht auskennt, nicht lesen kann oder kein Deutsch spricht, ist einer größeren Gefahr ausgesetzt. Da es aber meistens gut geht und wenige an einer kleinen Lebensmittelvergiftung sterben, werden diese Menschen gar nicht erst sichtbar.

In diesem Licht erscheinen auch manche Äußerungen zu den Bänderer*innen in der Mensa als der blanke Hohn. In einer Pressemitteilung des Studierendenwerks heißt es beispielsweise abschließend: "Für bedürftige Studierende, die sich ein Mensaessen nicht leisten können, bietet die Sozialberatung des Studierendenwerks Freiburg Beratung und Unterstützung an. Auch die Bereitstellung von finanziellen Hilfen ist möglich. Aus dem Kreis der „Bänderer“ hat von diesem Angebot noch niemand Gebrauch gemacht.". Stellt sich die Frage, woher das Studierendenwerk sich dessen sicher sein kann. Armut ist kein Prestigesymbol und viele von Armut betroffene Menschen versuchen, diese vor ihrer Umwelt zu verbergen. Deshalb ist auch nicht zwingend zu erwarten, dass der Spiegel oder heute+ in der Hinsicht ehrliche Antworten, oder überhaupt Antworten von Betroffenen erwarten können. Und selbst, wenn derzeit niemand aus Armut bändert, ist es eine Frage der Zeit, dass es zu einer Option ohne die Gängelung der Sozialämter und ohne Stigmatisierung wird. Hygienisch oder nicht

– wer bändert isst das, was andere als Müll ansehen und setzt damit neue Standards des Akzeptablen. Das heißt nicht, dass es grundsätzlich schlecht ist, nicht verdorbene Lebensmittel zu Essen, bevor sie andere wegschmeißen. Das aber als fortschrittlich und ökologisch darzustellen und sich damit in Szene zu setzen verdeckt die Verelendungstendenzen, die sich auch hierin äußern. Das gleiche gilt aber auch für diejenigen, die gar nicht mehr die Frage nach der Motivation stellen und davon ausgehen, dass es sich lediglich um überhebliche reiche Studis handle, die den Rest ihrer Zeit mit Prestigelaptops und teurem Kaffee verbringen. Wenn das so wäre, gäbe es eigentlich kein Problem. So ist es aber nicht. Wer bändern will, soll bändern. Aber niemand sollte bändern müssen.



AUFRUF

Wir wissen genug! Lasst es uns anpacken!

Von Karuna Jutglar, campusgrün

Wir haben viele gebildete Leute. Auch du gehörst dazu! Und wir brauchen gebildete und für die Umwelt sensibilisierte Menschen. Wir brauchen aber auch die Leute, die die vermeintlich endlos lange Kette des Informierens und Informiertwerdens durchbrechen und es praktisch anpacken.

Es bringt uns nicht weiter, wenn wir nur über nachhaltige Landwirtschaft sprechen, aber dann im Supermarktregal nach den konventionell angebauten Lebensmitteln greifen, nur weil sie billiger sind.

Wir müssen viel Geld und Zeit für das investieren, was uns wichtig ist. Damit meine ich nicht Autos... Ich meine das Grüne, von dem wir uns Bilder aufhängen und Märchen erzählen.

Es reicht nicht aus komplexe natürliche Abläufe zu verstehen, aber schon beim Ausheben eines Loches für einen neuen Baum zu scheitern. Wis-

sen wird nicht generiert um Bücher zu schreiben, sondern um in der Praxis angewandt zu werden. Wenn uns unsere grüne Umgebung wirklich so lieb ist, dann lasst uns anfangen zu gestalten und zu verändern!

Mein Ziel ist es dir zu zeigen, dass es Spaß macht, mit dem zu arbeiten, was dich ernährt.

Es macht unheimlich viel Spaß, die Pflanzen, die du im Frühling aussäest, im Sommer wachsen zu sehen und im Herbst schließlich ernten zu können. Wenn du wöchentliche Zeit mit der Natur verbringst, lernst du wie wertvoll sie ist. Du wirst den Grund unter deinen Füßen nicht mehr als Dreck, sondern als Erde wahrnehmen.

Hoffentlich wird bald schon mein Appell an dich nur eine Phrase sein, weil es eine Selbstverständlichkeit geworden ist.

Wir sehen uns draußen!



ESSAY

Widerständiger Pessimismus

Reflexionen über Verstrickungen und Rufe nach Aufbegehren
zwischen House, Rap und Punk

Zoe* Steinsberger

We live in an era when 'change' is a soundbite to sell more of the same old ideas, and 'revolution' has more to do with social trends than social transformation" (Will Long/Terre Thaemlitz). Nicht viel anders ist es wohl mit den Schlagwörtern „Veränderung“ und „Widerstand“ im Feld der populären Musik. Sind sie nicht schon längst Chiffren eines zutiefst vermarktlichten Versprechen? Sind sie nicht das Dope, das uns angesichts immer erstarrter erscheinender sozialer Verhältnissen eine Veränderung verheißt, die, so schnell, so leicht, kaum nur zu erhoffen ist, nur am Leben hält? Ohne Aussicht auf Veränderung, gar „Revolution“? Ist Musik, Kunst im Allgemeinen, die mit den Labels „Widerstand“, „Veränderung/Wandel“ oder „Revolution“ belegt ist, nicht letztendlich der Beweis, dass es Kapitalismus und Warenfetischismus gelungen ist, auch jene Versprechen auf Veränderung zu vereinnahmen? Aus den sich widerständig Meinenden Profit herauszuquetschen, wie es das sogenannte Punk Paradox „Konsumprotest durch Protestkonsum“ schon seit Jahrzehnten so prägnant formuliert?

„Ja, ... ja, aber ...“ soll die stockende, trotze Antwort dieses Rückblicks auf für mich wichtige Songs des vergangenen Jahres sein. Ich will die Warenförmigkeit von populärer Musik nicht verdrängen und doch Räume, Zeilen und Konzepte des Widerstandes gegen gesell-

schaftliche Herrschaftsmechanismen aufzeigen. Den Ideen, Konzepte, selbstredend widersprüchliche, gibt es aktuell viele.

So nennt beispielsweise die Transgender House Producerin Terre Thaemlitz „Pessimismus“ als alleinig verbleibende Strategie der Muskschaffenden: Sich dem „Eskapismus“ der Musik, insbesondere der Clubwelten abzuwenden. Anstelle der euphorischen Weltflucht Musik als einen Ort der Reflexion über die Gewalt der Gesellschaft zu begreifen, Melancholie zu verwerfen. Es gibt keine Vergangenheit, der nachgetrauert, an die sich zurückgesehen werden kann. Sie ist ebenso eine Zeit der Gewalt wie unser hier und jetzt. Terre Thaemlitz verfolgt diesen Gedanken im Gerne des House, der für sie Inbegriff der euphorischen Weltflucht und der Warenförmigkeit der Musik schlechthin geworden ist. Die auf dem von ihr koproduzierten Album von Will Long „long trax“ versammelten Stücke sind dagegen ein Versuch der pessimistischen, jedoch keinesfalls resignativen Meditation. Der dunkle, gedrückte Minimalismus von Long findet seine Prägnanz ganz besonders im ersten Track des Albums: „time has come“.

Wortgewaltiger, abgefückter verfolgt Kate Tempest in „Europe is lost“ ähnliche Gedankenstränge. Mit „Business is good, and there's bands every night in the pub/ And there's two for one drinks in

the clubs“ macht sie sichtbar, wie leicht, wie verlockend es für weite Teile unserer Gesellschaften noch immer ist, der Krisen der Gegenwart zu entfliehen. Tempests Song ist ein Rundumschlag: Klimawandel, Rassismus, Kapitalismus sind die Themen. Und die Verzweiflung, immer in diese Herrschaftsmechanismen verstrickt zu sein: „Despite all we did to vanquish the traces/ My very language is tainted/ With all that we stole to replace it with this“. Tempests Rap ist voll quälender Dringlichkeit und zugleich der deprimierenden Erfahrung, dass Wandel kaum in Sicht erscheint: „Riots are tiny though, systems are huge“. Nur, dass keine*r sich einen Scheiß darum kümmert, diesem Fazit Tempest möchte ich nicht zustimmen.

Denn zu den Verstrickungen in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zählen auch die engstirnigen, käfiggleichen Normen der bürgerlich-zivilgesellschaftlichen Moral. So wird kritischen Bewegungen nichts zuletzt auch von linksradikaler Seite unnötige Radikalität vorgeworfen. Es ist doch besser, wenn mensch sich mit den Herrschen-

den, ungleiche Machtverhältnisse hin oder her, gemeinsam an denselben Tisch setzt und alle vernünftig miteinander reden. Das die wohl radikalste künstlerische Kritik an dieser Vorstellung von einer all-trans-Punkband kommt, überrascht angesichts deren alltäglichen Gewalterfahrungen wenig. Ich weiß noch immer nicht, ob ich der Forderung von G.L.O.S.S. „Give violence a chance“ anschließen möchte. Doch ihre Kritik am linken Gewaltfreiheitsdogma drängt sich angesichts der Polizeigewalt an Schwarzen in den USA durchaus auf: "JUSTICE IS A JOKE, A TRAP, A FUCKING FARCE/ YOUR CALLS FOR PEACE ARE IGNORANT AND BASIC ... KILLER COPS AREN'T CROOKED/ ... , THEY DO AS THEY'RE TOLD/ THE COURTS AREN'T CORRUPT/ ... , THEY MAINTAIN CONTROL"

G.L.O.S.S. löste sich im Sommer nach zwei 7 Minuten Tapes selbst auf. Der Personenkult und die Stilisierung als Kunstprodukt durch die Medien hatten ihrer Wahrnehmung nach ihre politische Botschaft in den Hintergrund getränkt, ihre radikale Gesellschaftskritik kommodifiziert. Vielleicht war es gerade dieser Akt der Selbstauflösung, der ihrer Botschaft Gewicht verleiht: Eine Nachricht platziert, den Diskurs aufgewühlt, Fragen sichtbar gemacht. Fragen, die wir im Pessimismus Longs/Thaemlitz und Tempest verfolgen können.





5. Tuntenball am 28.01.2017

Ein weiteres Mal findet der Tuntenball in Freiburg statt, dieses Mal in der KTS (Baslerstr. 03). Einlass ist **ab 21:30 Uhr** und nur mit angemessenem Fummel möglich. Tickets gibt es überwiegend im Vorverkauf am 11. und 14. Januar in der KTS, pro Person werden maximal drei Tickets verkauft. Es warten auf euch vier Floors mit grandioser Musik, multivisueller Kitsch, Art, Porn- und Lightinstallationen, eine Misswahl, sowie veganes bzw. evtl. vegetarisches Essen und ganz viel Spaß!

<http://tuntenball.blogspot.de/>

PinkParty in der Mensa-Bar Rempartstr. am 04.02. ab 22 Uhr

Bei der traditionellen Mischung aus Electro, Pop und Rock geht die beliebte Szene-Party des Regenbogen-Referats in die nächste Runde. Dieses Mal legt für euch auf: Das Kotze Kombinat



Referat für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt



Workshop: Consent und (Party)Flirt am 04.02 AStA Konf 1, 13-18Uhr

Flirten ist ein Wort, welches nicht immer positive Gedanken mit sich bringt. Wie's geht, was genau das Consent-Prinzip ist und vieles mehr ist Thema dieses Workshops.

Freiburg – eine Zufluchtsstadt, die alle ihre Bewohner*innen schützt!

Am 18. Januar um 19 Uhr im Audimax (KG II, EG) wird zur Auftaktveranstaltung und Diskussionsrunde über Freiburg als Sanctuary City eingeladen. In dieser Veranstaltung werden Prof. Dr. Roland Roth (Berlin) und Prof. Dr. Albert Scherr (Freiburg) über die Entstehung und Praxis des Sanctuary Cities informieren. Das Freiburger Forum positioniert sich aktiv gegen Ausgrenzung und möchte die Idee eines europaweiten Netzwerks an Zufluchtsstädten, zu denen zum Beispiel bereits Barcelona und Oxford gehören, verbreiten.

